8. Sonntag, den 10. Januar 1869. 8.

Posener Zeitung.

Zweiundsiebzigster Jahrgang.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 8. Januar. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Landgrafen Ernst zu Hessen-Philippsthal den Rothen Adler-Orden erster Klasse, und dem Kreis-Physikus Dr. Hofmann zu Steinfurt den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der Landtag nach den Ferien.

Der Landtag ist am 7. d. M. wieder eröffnet worden, nachdem er drei Wochen hindurch einer Ruhe gepflegt, die wir ihm sehr gönnten, dem Herrenhause deshalb, weil wir dies in gegenwärtiger Zusammensetzung überhaupt nicht gern beschäftigt sehen, dem Abgeordnetenhaus, weil ihm nach den vorhergegangenen Anstrengungen Erholung Noth that und wir ihm Kräftigung für die folgende parlamentarische Arbeit wünschten. Denn der zweite Theil dieser Session dürfte nicht nur durch die Menge des zu bewältigenden Materials, sondern auch durch die Heftigkeit des Kampfes, welcher sich voraussichtlich bei einzelnen Vorlagen erheben wird, sehr anstrengend sein.

Die erste Sitzung am Donnerstage bot wenig Interesse dar. Unter den von der Regierung gestellten Anträgen ist hervorzuheben die vom Finanzminister beantragte Vervollständigung des Statsgesetzes um den § 4, wodurch der Staatsregierung die Genehmigung ertheilt wird, bis zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats innerhalb der Grenzen desselben die laufenden Ausgaben zu leisten. Es ist eine unablässig wiederholte Forderung der liberalen Partei, daß der Staatshaushalts-Etat durch Gesetz festgestellt sein soll, bevor das Jahr, für das er festgestellt wird, beginnt. Die Forderung, gestützt auf den Artikel 99 der Verfassung, welcher lautet: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden“ hat auch diesmal seine volle Ausführung nicht erhalten, ganz entgegen der Hoffnung, welche die Regierung beim Beginn der Session aussprach, daß, weil der Landtag verhältnißmäßig einige Tage eher zusammenberufen sei, er die Etatsfeststellung vor dem Anfang des neuen Jahres erledigt haben und jener die Indemnität aussprechende Paragraph nicht nöthig sein werde.

Wir leugnen nicht, daß oft zu viel und zu entfernte Dinge in die Budgetverhandlungen gezogen wurden und die Berathungen, ohne besondere Resultate zu liefern, ungemein verlängerten, indessen läßt sich hier eine Grenze zwischen den nothwendigen Reden und den überflüssigen nicht leicht ziehen; auch ist ja der Berathungsstoff durch die einverleibten neuen Provinzen ein größerer geworden, so daß man sich vielleicht liberaler Seits gedrungen fühlen wird, einen Antrag zu stellen, das Etatsgesetz eher einzubringen, was eine Aenderung des § 76 der Verf. zur Folge haben könnte.

Nach Empfangnahme der Regierungsvorlage begab sich das Haus an die Fortsetzung der Etatsberathung, die bei den direkten Steuern stand. Den gestellten Anträgen gegenüber bewies sich die Regierung so entgegenkommend, daß die 42,062,000 Thlr. ohne besondere Debatten bewilligt wurden.

Weit mehr dürfte die Sonnabendsitzung den parlamentarischen Feinschmeckern bringen. Beim Schluß der Etatsberathung wird die Regierung wahrscheinlich noch einmal versuchen, von den ca. 100,000 Thlrn., welche das Haus gestrichen und damit den Etat auf 167,497,469 Thlr. vermindert hat, Einiges zu retten, während man von der nationalliberalen Seite einen Angriff erwarten kann bei der Vorberathung des Entwurfs, betreffend die Uebernahme der Garantie für die Köln-Mindener Eisenbahn auf die allgemeinen Staatsfonds. Der hierher gehörige Antrag Laskers auf Deckung des Defizits ist durch unseren Berliner Brief und die parlamentarischen Nachrichten genugsam illustrirt. Von großem Einfluß werden die Debatten schwerlich sein, indessen haben sie möglicher Weise die fatale Wirkung, den Scheidungsprozeß der Parteien zu beschleunigen. Lange genug wird derselbe erwartet, beziehungsweise befürchtet.

Das Jahr 1866 hat die alte Parteigruppirung ungemein verschoben und vervielfältigt. Aus der ehemaligen Dreitheilung von Konservativen, Gemäßigt-Liberalen und der demokratischen Fortschrittspartei entwickelten sich Konservative, Freikonservative, Altliberale, Nationalliberale, Fortschrittsleute, — die durch einen Mann vertretene Partei der Zukunft können wir wohl einstweilen übersehen. Diese Scheidungen sind aber oft unbestimmt, die Verbindungen in sich so wenig fest, daß weitere Veränderungen bevorstehen. Den Anfang dürfte die national-liberale Partei machen, welche eine lange Zeit bei den Kammerbeschlüssen den Ausschlag gegeben hat. Die hannoverschen Abgeordneten waren es, welche zuerst das Parteiband lockerten, indem sie beim Provinzialfonds, bei der Abfindung des Königs Georg, bei der Reorganisation der Provinzialverwaltung zu sehr ihre eigene Meinung zur Geltung brachten. Und nun sind die Angelegenheiten, welche zur Berathung kommen werden, ganz geeignet, auch innerhalb der nationalliberalen Partei die vorhandenen Gegensätze zu schärfen oder neue zu erzeugen. Ueber den Antrag Löwe's, betreffend die Kartellkonvention mit Rußland hat sich bereits jetzt ein Kampf zwischen der nationalliberalen „Magdeburger Zeitung“ und der ebenfalls nationalliberalen, oft die Losung ertheilenden „Berliner authographirten Korrespondenz“ entsponnen. Die „Magd. Z.“ hatte aufgefordert, diese Frage nicht nach den „lokalen Wünschen einzelner Kreise oder selbst einer Provinz sondern nach den Interessen des ganzen Landes, nach seiner politischen Gesammtstellung in der europäischen Staatenfamilie“ zu beurtheilen, wo wir, umdroht von Feinden, uns Rußland nicht zum Feinde machen dürfen. Ob die „Köln. Z.“ diesem großen Wort zugestimmt hätte, wenn eine Kartellkonvention von derselben Art, Paßschereien, Schutzzoll und andere Belästigungen an der französischen Grenze beständen, möchten wir bezweifeln. Sie hätte vielleicht dann das richtige Wort gefunden, daß ein Staat nicht gedeihen kann, wenn auch nur ein Glied leidet.

Die „B. A. K.“ hat eine sehr derbe Antwort gegeben. Sie sagt: „Mit Verachtung aber seien diejenigen Zeitungen belegt, welche unter dem Vorwande nationaler Politik dem Ministerium in dieser Frage beispringen, ja voraneilen wollen, die das sittliche Gefühl und den Stolz der Nation so gering anschlagen, daß sie ihre Ehre für ein Linsengericht feil bieten u. s. w.“ Wir finden an dieser Art von Polemik, die an den amerikanischen Zeitungskomment erinnert, wenig Geschmack, aber das hoffen wir, daß die Abgeordneten unserer Provinz sich mit Wärme der Sache annehmen werden.

Weit heftigere Debatten wird voraussichtlich der Antrag von Eberty und Duncker betreffs eines Antrags erregen, der bestimmt ist, die Lage der Presse zu bessern. Nehmen wir dazu noch den Entwurf des Schulgesetzes und der Kreisordnung, so haben wir Steine genug, an denen sich die geschlossene Partei der Nationalliberalen brechen kann. Denn das ist unzweifelhaft, daß ein großer Theil nach links drängt, indem ihnen das kein Ersatz mehr dünkt, was Graf Bismarck bietet für das, was sie von dem Minister des Innern und des Unterrichts vergebens erwarten. Die Opposition würde also durch eine solche Scheidung größer, das Zusammenwirken der Regierung und Landesvertretung durch die vermehrte Opposition schwerer werden. Und wer würde den Nutzen daraus ziehen? Mag sich Jeder selbst diese Frage beantworten. Wir wissen blos, daß es wohl nicht das Volk wäre, welches einen stetigen Fortschritt wünscht, aber auch nicht die Regierung, denn sie kann nicht denen ähneln wollen, welche nach dem Grundsatz handelten: „Nach uns die Sündflut.“

Deutschland.

△ **Berlin**, 8. Januar. Die aus Paris gemeldete Nachricht, daß die Konferenz in der orientalischen Angelegenheit morgen beginnen werde, wird auch in hiesigen unterrichteten Kreisen bestätigt. Die bisherige Verzögerung wurde durch die Weigerung der Türkei, schon zu einem so frühen Termin die Konferenz zu beschicken, veranlaßt. Jetzt hat die Türkei diesen Widerspruch aufgegeben, was um so erfreulicher ist, als man wohl nicht mit Unrecht in diplomatischen Kreisen die Besorgniß nährte, eine längere Weigerung der Pforte werde dazu beitragen, die Lage der griechischen Staatsangehörigen in der Türkei zu erschweren, da bekanntlich den dortigen Behörden die Wahl derer, die ausgewiesen werden sollen, in die freie Hand gelegt war, also arge Willkürlichkeiten vorkommen konnten. — Man darf wohl mit einiger Spannung den nächsten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses entgegensehen, welche die Vorschläge zur Deckung des Defizits zum Gegenstande haben werden. Bei dieser Gelegenheit sind, wie bekannt, zwei wichtige Fragen angeregt worden. Von einer Seite hat man beantragt, zur Deckung des Ausfalls die reichen Mittel der Seehandlung heranzuziehen und von einer anderen ist die Vorlegung des mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrages zur nachträglichen Genehmigung verlangt worden, und zwar mit der Begründung, daß die Landesvertretung nicht im Stande sei, über die Verwendung der Aktien jener Eisenbahn Beschluß zu fassen, wenn sie nicht mit den Details des Abkommens vertraut sei, welches zwischen der Regierung und der Bahngesellschaft getroffen worden. Ueber beide Forderungen und den wahrscheinlichen Gang der Verhandlungen urtheilt man in Regierungskreisen folgendermaßen: Auf die Heranziehung der Mittel der Seehandlung werde sich die Regierung schwerlich einlassen, weil dadurch ein Institut, welches dem Staate so großen und vielfachen Nutzen gewähre, gefährdet oder gar seiner Auflösung entgegengeführt werde. Ueberdies befinde sich die Regierung hierbei auf einem nicht blos durch Herkommen, sondern durch ein Gesetz befestigten Boden. Was dagegen die Vorlegung des Vertrages mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft betreffe, so sei hier kein Grund zu großem Bedenken. Jedoch schließe die Mittheilung des Vertrags zur Information des Landtags keineswegs ein, daß deshalb auch eine nachträgliche Genehmigung ertheilt werden müsse, da der Vertrag diese im Prinzip bereits durch die im Jahre 1866 ertheilte Indemnität erlangt habe. Man nimmt schließlich an, daß die Erörterungen und etwaigen Meinungskämpfe über beide Fragen ohne Einfluß auf das Gesammtergebniß der Berathung sein werden. Die Finanzlage des Staates sei in so klarer und bestimmter Weise von der Regierung vorgelegt und anderseits das vorgeschlagene Verfahren zur Deckung des Defizits als ein zweckmäßiges unumwunden anerkannt worden, daß auf die schließliche Genehmigung der Regierungsvorschläge sicher zu rechnen sei. — In Angelegenheit des Schulgesetzes ist bekanntlich wiederholt auf die Stellung und Thätigkeit früherer Kultusminister, namentlich auch des Herrn v. Bethmann-Hollweg, hingewiesen worden. Man erwartet nun von Seiten des Kultusministeriums eine Publikation, welche darüber Aufschluß geben wird, wie weit die Versuche zur Erfüllung der in der Verfassung gegebenen Verheißung eines Schulgesetzes früher gediehen sind. Man wird dann Gelegenheit haben, zu beurtheilen, ob die Traditionen der früheren Kultusminister mit dem Verhalten des gegenwärtigen wirklich so sehr im Widerspruch stehen, wie behauptet wird, und ob ihre Schulgesetz-Entwürfe, wenn sie zum Abschluß gelangt wären, auch auf die Zustimmung der liberalen Partei zu rechnen gehabt hätten. — Sie wissen, daß von Seiten des Norddeutschen Bundes beschlossen worden, das Auswanderungswesen in den deutschen Seehäfen unter Beaufsichtigung zu stellen, um den vielfach vorgekommenen Mißbräuchen entgegenzuarbeiten. Einem Beschluß des Bundesraths zufolge soll diese Beaufsichtigung durch einen Bundeskommissarius geschehen, welcher das gesammte Auswanderungswesen in den deutschen Seehäfen zum Gegenstand steter Beobachtung zu machen hat. Dieser Bundeskommissar ist jetzt ernannt worden und zwar in der Person des Kapitäns zur See und Marinedepotdirektors Weickhmann, welcher seinen Wohnsitz in Hamburg nehmen wird. Zur Vertretung desselben als Depotdirektor in Stralsund ist der Kapitän-Lieutenant Donner beauftragt worden.

— Sr. Maj. der König und Se. K. H. der Kronprinz haben der Stadtverordneten-Versammlung auf deren Neujahrs-Gratulationen nachstehende Antwortschreiben zugehen lassen:

Ich habe die Mir und Meinem Kgl. Hause von der Stadtverordneten-Versammlung Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin beim Wechsel des Jahres dargebrachten Glückwünsche gern entgegengenommen und danke, unter aufrichtiger Erwiderung derselben, den Vertretern der Stadt, welchen Ich Mein landesväterliches Wohlwollen bewahren werde, herzlich dafür.

Berlin, den 4. Januar 1869. (gez.) Wilhelm.

Der Stadtverordneten-Versammlung der Hauptstadt danke Ich für die guten Wünsche, welche sie Mir aus Anlaß des Jahreswechsels dargebracht haben, und erwidere dieselben gern mit der Versicherung Meiner unveränderten Theilnahme für die Bürgerschaft und ihre Vertreter.

Berlin, den 3. Januar 1869.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

— Die Mittheilung, daß fortan Verwaltungsbeamte des Staates in ihrer Ausbildungszeit auch vorübergehend im Kommunaldienste größerer Städte beschäftigt werden sollen, beschränkt sich nach der „N. A. Z.“ auf die Regierungs-Assessoren aus den annektirten Ländern, welche jetzt in den alten Provinzen den Verwaltungsbetrieb kennen lernen sollen.

— Das Bundespräsidium hatte bekanntlich dem Bundesrathe eine Zusammenstellung derjenigen Verpflichtungen, welche die Eisenbahnverwaltungen im Norddeutschen Bundesgebiete der Bundestelegraphie gegenüber zu übernehmen haben, zur Beschlußnahme vorgelegt und der Bundesrath hat in seiner letzten Sitzung sich mit diesem Gegenstande beschäftigt. Ehe wir den Beschluß selbst nach der „K. S.“ mittheilen, wollen wir in Kurzem nochmals jene Verpflichtungen resümiren, die sich übrigens den für Preußen geltenden Bestimmungen eng anschließen.

Soweit das außerhalb des freien Profils liegende Eisenbahnterrain nicht zu Seitengräben, Einfriedigungen 2c. benutzt wird, soll die Eisenbahnverwaltung dieses Terrain zur Legung ober- und unterirdischer Bundestelegraphenlinien unentgeltlich gestatten; die Stangen der oberirdischen Leitungen können von den Eisenbahnbetriebstelegraphen mitbenutzt werden, die unterirdischen Linien sind stets an den Ort zu legen, an welchem keine oberirdische Leitung sich befindet. Der erste Trakt der Bundestelegraphenlinien wird von der Bundestelegraphen- und von der Eisenbahnverwaltung gemeinschaftlich festgesetzt, die durch spätere Abänderungen verursachten Kosten werden nach Verhältniß der beiderseitigen Anzahl Drähte repartirt, wenn die Aenderungen durch den Bahnbetrieb nothwendig geworden sind, anderenfalls fallen diese Kosten derjenigen Verwaltung zur Last, welche sie anregt. Jedenfalls ist in letzterem Falle beiderseitiges Einverständniß erforderlich. Die mit der Anlage resp. Unterhaltung des Baues beauftragten und hierzu legitimirten Bundestelegraphenbeamten können die Bahn betreten und gegen Lösung eines Billets IV. Klasse jeden Zug, sei es auf einem Schaffnersitze oder im Dienstkupé benutzen; auf ihre Requisition muß die Eisenbahnverwaltung die zum Transport von Leitungsmaterial erforderliche Anzahl von Bahnmeisterwagen unter Aufsicht gegen Vergütung von 5 Sgr. pro Wagen und Tag und von 20 Sgr. tägliche Beaufsichtigung stellen. Die Eisenbahnverwaltung hat die Bundestelegraphenanlagen gegen jährliche Entschädigung durch ihr Personal überwachen zu lassen; sie läßt etwaige Beschädigungen provisorisch wieder herstellen und hat jede Störung im Betriebe anzuzeigen. Unentgeltlich hingegen muß sie die Lagerung des zur Unterhaltung der Linien nothwendigen Vorraths an Stangen gestatten. Treten Störungen auf den Bundestelegraphenlinien ein, so hat die Eisenbahnverwaltung alle bundestelegraphischen Depeschen durch ihre Telegraphen unentgeltlich zu befördern, so weit es der eigene Dienst zuläßt, et vice versa. Auf Anordnung des Bundeskanzleramts hat die Eisenbahnverwaltung ihren Betriebstelegraphen dem Privatdepeschenverkehr zu eröffnen und zwar nach Maßgabe der in der Bundestelegraphenordnung enthaltenen einschlägigen Bestimmungen. Das Nähere vereinbaren die Bundestelegraphen- und die Eisenbahnverwaltung. — Der Bundesrath hat nun beschlossen: daß alle bereits bestehenden und die neuanzulegenden Staatseisenbahnen diese Verpflichtungen zu übernehmen haben, daß letztere auch bei Konzessionsertheilungen für neue Unternehmungen den Gesellschaften aufzuerlegen, bei schon konzessionirten Eisenbahnunternehmungen aber, insoweit es die Bundestelegraphenverwaltung für erforderlich hält und die Konzessionsurkunden damit zu vereinbaren sind, einzuführen seien.

— Der „Ztg. f. Nordd.“ wird von hier in Betreff der beabsichtigten Regelung der seemännischen Prüfungen geschrieben:

„Im Laufe dieses Monats soll hier bekanntlich eine Kommission von Sachverständigen der Küstenstaaten zusammentreten, um gemeinschaftliche Vorschriften wegen des Rechts zur Führung von Seeschiffen auszuarbeiten. Preußen hat dazu den Finanzrath Wendt (Hannoveraner) nebst zwei Direktoren von altpreußischen Navigationsschulen bestimmt; Hamburg den Rheder G. A. Schön und den Direktor der Norddeutschen Seewarte W. von Freeden, Bremen den Direktor der Steuermannsschule Dr. Breusing und den ehemaligen Schiffskapitän H. Tecklenorg; Oldenburg den Ober-

lehrer Harms aus Oldenburg und den Konsul Groß aus Brake, während Lübeck aus Sparsamkeitsrücksichten unvertreten bleiben will. Als eine Art Vorarbeit ist das Gutachten des Ausschusses hier eingegangen, welchen der Deutsche Nautische Verein bei seiner Konstituirung im vor. Sommer zu Berlin mit der Bearbeitung der Sache beauftragt hatte. Der Ausschuß hat sich nicht völlig einigen können; er giebt ein Majoritäts- und ein Minoritätsvotum ab, von denen das letztere geringern Zwang einschließt als das erstere. Man möchte wünschen, daß die Frage noch etwas vielseitiger und eifriger als bisher erörtert würde, ob Seeschiffer (beziehungsweise Steuerleute) überhaupt geprüft werden müssen, und worin. Bisher, wo jeder Staat seine eigenen Einrichtungen hatte, wurde in den Hansestädten das Rhedeinteresse mit dem Staatsinteresse ziemlich zusammengeworfen. Man prüfte den angehenden Steuermann auf Dinge wie Seerecht und Wechselrecht, die mit einer sicheren Führung des Schiffes nichts zu thun hatten, sondern nur etwas mit seiner zweiten zufälligen Eigenschaft, derjenigen als Bevollmächtigten des frachtführenden Rheders. Es scheint doch, als könnte der Staat die Sorge für diese Art von Kenntnissen den Rhedern allein überlassen. Aber auch in Bezug auf die sichere Führung des Schiffes fragt es sich noch, ob in Prüfungen die rechte Bürgschaft liegt, und diese nicht vielmehr vorzugsweise in angemessenen Strafen für Fahrlässigkeiten gesucht werden sollte, welche prinzipiell den Kapitän und subsidär den Eigenthümer des Schiffes träfen. Da dieser von den bisherigen Bräuchen absehende freiere Standpunkt in der bevorstehenden Konferenz von Regierungsvertretern vielleicht gar nicht zur Geltung kommt, so sollte man sich demnächst im Reichstage umsoweniger bei einer einfachen Annahme der Bundesraths-Vorlage beruhigen. Es steckt in der Frage ein Stück verkümmerter Gewerbefreiheit, das ganz oder theilweise zu retten sich der Mühe wohl verlohnte."

Frankfurt a. M., 6. Jan. Grau in Grau, daß ist der Grundon hiesiger Stimmungen und Zustände, und wenn man den Frankfurtern im Allgemeinen vielleicht mit einigem Recht den Vorwurf macht, daß es ihnen an deutscher Gesinnung gebricht, so sind sie darum doch mehr zu beklagen als anzuklagen, etwa wie ein verzogenes Kind, welches der Familie Aergerniß giebt, zugleich aber sich selbst unglücklich macht. Denn gründlich verzogen wurde dies eigenthümliche kleinstaatliche Wesen seit länger als einem halben Jahrhundert. Es besaß alle Vorzüge, aber auch alle Mängel eines — wenn ich so sagen darf — kommunalen Saatswesens Der Frankfurter Bürger stand in seiner Selbstachtung wie in der Schätzung seiner Mitbürger grade so hoch wie seiner Zeit der civis romanus in der weltbeherrschenden Stadt. Die Bürgerschaft bestand theils aus „studirten Leuten" theils aus Krämern und Handwerkern: Erstere regierten den Staat Frankfurt, saßen zu Gericht, standen Kirche und Schule vor, praktizirten als Aerzte und Advokaten; die Zweiten hatten das Geld und alles, was für Geld an Annehmlichkeiten und Genüssen zu haben ist, das größte Ansehen bei der Bürgerschaft und auch das Mitrathen und Mitthaten, soweit ihr Sinn darauf gerichtet war; die Letzten hatten auch noch nach Aufhebung der Zunfte so viel Privilegien und Gewohnheitsrechte, daß sie bei den mittelmäßigsten Leistungen und bei dem behaglichsten Geschäftsbetrieb wohlgediehen. Die Eisenbahnen, die Waldungen und anderes städtisches Grundeigenthum, das Präzipuum im Zollverein und die hohen Bürgerrechtsgebühren brachten Frankfurt so viel ein, daß die Abgaben gering waren, und Bundestag, Bundesmilitär und der lebhafteste Fremdenverkehr waren für den Hausbesitzer, kleinen Gewerbsmann und Handwerker im Kleinen, was für den Kauf- und Geldmann im Großen ein bedeutender Waarenhandel, das großartigste Bankgeschäft, Börsen- und anderes Spiel war — es und wurde leicht und viel verdient; man ließ daher auch gern viel draufgehen. Selbst der ruinirte Frankfurter Bürger hatte nicht zu befürchten, gänzlich zu Grunde zu gehn: zahlreiche Aemter und Aemtchen waren willkommene Sinekuren für solche schiffbrüchige Existenzen — wem der Senat ein Amt gab, der brauchte sich nicht allzusehr zu placken; denn auch im Amt ging Alles gemüthlich zu. Als nun gar, während das übrige Deutschland, ja ganz Europa von der siegreichen Reaktion in Fesseln geschlagen wurde, Presse und Versammlungen auf diesem Fleckchen Erde fortfahren durften in oft zügelloser Sprache bald der eigenen Obrigkeit, bald dieser bald jener großmächtigen Regierung den Fehdehandschuh hinzuwerfen, ohne sonderlich von Strafe bedroht zu sein; als man hier bei jeder festlichen Gelegenheit, vor allem bei dem jedem Frankfurter unvergeßlichen ersten deutschen Schützenfest in deutscher Gesinnung schwelgte, wie sacht nirgends — was übrigens nicht hinderte, daß man im alltäglichen Verkehr den deutschen Ausländer als Paria behandelte — da blieb dem Frankfurter Bürger nichts zu wünschen mehr übrig, und am wenigsten wünschte er sich, was ihm 1866 so unverhofft widerfuhr: das Aufgehn in einen großen deutschen Staat, zumal in das ihm so grundverhaßte Preußen. Daß dieser Haß sich während des Krieges in so unerhört heftiger Weise durch Wort und Schrift Luft gemacht hatte, mildert in den Augen unbefangener Beobachter jedenfalls die darauf folgenden scharfen militärischen Maßnahmen gegen das okkupirte Frankfurt nach dem Einzuge der Mainarmee; dem Frankfurter aber erscheinen bis zum heutigen Tage jene Vorkommnisse als die himmelschreiendsten Greuel, obwohl unser König dieser Stadt wiederholt die unzweideutigsten Beweise seines persönlichen Wohlwollens gegeben hat, wie noch kürzlich durch das Geschenk von Fl. 200,000 als Beitrag zur Restauration unseres 1867 ausgebrannten Doms. Zu dieser verstimmenden Erinnerung an Frankfurts „Schreckentage" kommt dann noch der gegenwärtige Druck der hohen Steuern, doppelt empfindlich bei der allgemeinen Geschäftsstockung, die Entwerthung des Grundeigenthums mit letzterer wie mit der Auswanderung der Bundesversammlung und ihres zahlreichen Anhangs zusammenhängend, die strammen Formen des preußischen Wesens überhaupt, wie manche auch hier vorgekommene Verwaltungsmißgriffe — das alles erbittert theils die Gemüther, theils drückt es dieselben nieder, zumal das hiesige Philisterium im Allgemeinen ein deutsch-nationales Gefühl nicht kennt. Daß aber ein solches Gefühl hier nie zur Geltung komme, ist das eifrigste Bestreben unserer Frankfurter Presse, die man mit zwei Worten als süddeutschförderalistich und austrophyl bezeichnen kann. Die nationale Partei, welche hier existirt, ist nicht organisirt und betrachtet ihre Sache, wenigstens bis zur Erledigung der von unsern Radikaten weidlich ausgebeuteten s. g. Rezeßfrage (Vermögensauseinandersetzung zwischen Staat und Stadt) als durchaus hoffnungslos. Sofern daher das politische Leben wesentlich im Kampf der Gegensätze sich äußert, liegt dasselbe in Frankfurt zur Zeit ganz brach. Um so mehr fühlen sich die Nationalen veranlaßt dem wackern Ringen der Parteigenossen in Süddeutschland, vor allem auch in dem benachbarten Großherzogthum Hessen mit Interesse zu folgen.

Aus Thüringen, 4. Januar. Wer eine genaue und richtige Personalkenntniß der am Hofe zu Dresden weilenden Diplomaten und fremden ihrer Wirksamkeit besitzt, der muß in der ganz plötzlichen Ablehnung des bisherigen französischen Gesandten daselbst, Baron Forth-Rouen, einen größeren Beweis der friedlichen Gesinnung des neuen Ministers Lavalette zu Paris sehen, als dies selbst die friedfertigst geschriebene Note vermöchte. Herr v. Forth-Rouen, ein persönlich sehr liebenswürdiger und in Dresden auch vielfach ungemein beliebter Mann, obgleich er sich während seines über zwölfjährigen Aufenthalts daselbst auch nicht die mindeste Mühe gegeben hatte, nur ein einziges Wort Deutsch zu lernen, war bis 1866 ein Werkzeug in der Hand des ungleich geistiger bedeutenden Ministers v. Beust, der ihm die Anleitung zu den nach Paris zu sendenden Depeschen gab, wie er selbst aber auch wieder Herrn v. Beust in seinem abenteuerlichen Kriegsglauben gegen Preußen bestärkte, indem er ihm im schlimmsten Falle eine französische Hilfe als Rückhalt in sichere Aussicht stellte. Auch seit 1866 war der Genannte zu Dresden in möglichst preußenfeindlichem Sinne unermüdlich thätig. Der Theil der unzufriedenen hannoverschen Aristokratie, der sich in der sächsischen Hauptstadt dauernd niedergelassen hat, fand in ihm einen Förderer ihrer Pläne und die mit welfischem Gelde gegründete antipreußische Zeitungspresse manche indirekte Unterstützung. So glauben wir auch, daß der jetzige sächsische Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Friesen, ein alter politischer Gegner des Herrn v. Beust, schon von 1850 her, dessen Bundestreue und strenges Halten der mit Preußen abgeschlossenen Vereinbarungen außer jedem Zweifel steht, über des Herrn v. Forth-Rouen jetzige Abberufung nicht allzu traurig sein dürfte.

Oesterreich.

Wien, 7. Jan. Der Redakteur des „Tiroler Volksblatts" sitzt gegenwärtig da, wo so viele Journalisten von ihrem aufreibenden Tagewerke zuweilen Ruhe finden. Der Grund seiner Haft ist, daß er von seiner ultramontanen Warte aus allzu grobe Geschütze auf die langmüthige Regierung gerichtet hatte. Der heilige Vater aber geruhte dem Gefangenen einen Trostbrief zu senden, den das „Volksblatt" eiligst abdruckte, um eiligst — konfiszirt zu werden. Der heilige Vater bietet nämlich in dem Briefe seinem „geliebten Sohne Gruß und apostolischen Segen", belobt ihn, daß er sich „den Haß und die Strafe derjenigen zugezogen, welche von dem Wege der Wahrheit abgewichen sind", und hofft, daß derselbe, weil wegen Verfolgungen selig gepriesen, daraus Anregung erhalten werde, die Regierung auch fernerhin zu befehden. Was würde der Papst wohl sagen, wenn — um ein Beispiel zu gebrauchen — die Königin von England einen ihrer hochkirchlichen Landsleute in Rom auffordern möchte, Se. Heiligkeit und sein Kollegium auf dieselbe Weise anzugreifen, wie der Redakteur des „Tagesblatts" die österreichische Regierung?...

Pest, 5. Jan. Während das politische Leben hohe Wellen wirft, fühlt alle Welt die Brust beklommen, und fürchtet man in Folge des warmen Winters eine Hungersnoth. Bereits langen sehr ungünstige Berichte aus der Provinz ein, und im Finanzministerium glaubt man sich schon einem riesig anwachsenden Defizit gegenüber. Mit den ungeheuren Reichthümern der Nation scheint es nicht ganz richtig bestellt.

Frankreich.

Paris, 8. Jan. (Dep.) Die erste Sitzung der Konfer[...] findet morgen Nachmittag um 4 Uhr statt. — „Patrie" u[...] „France" dementiren die Nachricht, daß zwischen den Regier[...] gen von England und Frankreich bereits eine Verständig[...] über eventuelle Besetzung Athens getroffen sei. — Aufgeregt[...] Folge von Gerüchten, daß in Mailand Unruhen ausgebroch[...] Konsols von Mittags 1 Uhr waren 92 7/8 gemeldet.

— Der „Gaulois" will wissen, daß die französische Re[...] rung entschieden die Kandidatur des Prinzen von Karign[...] unterstütze. Nach seinem Tode würden ihm, da er kinderlos[...] der Prinz Napoleon und die Prinzessin Klothilde auf [...] spanischen Thron folgen. Es ist dies wohl eine etwas kü[...] Kombination des „Gaulois". Prinz Napoleon ist übrig[...] fortwährend sehr leidend, wie man sagt, an einer Leberkr[...] heit, zu der in den letzten Tagen noch Fieberanfälle tr[...] Das heutige Bülletin der Aerzte besagt, daß das Fieber [...] schwunden sei, der Prinz aber noch immer der größten N[...] bedürfe. — Herr v. Moustier ist gestern mit den heili[...] Sakramenten versehen worden; alle Hoffnung für sein Aufk[...] men ist aufgegeben.

Portugal.

Lissabon, 7. Jan. In der heutigen Sitzung der De[...] tirtenkammer zeigte das Ministerium an, daß der König die [...] demselben eingereichte Entlassung angenommen habe. Man [...] sichert, der König habe den Herzog von Saldanha telegraph[...] nach der Hauptstadt berufen.

Italien.

Florenz, 7. Jan. Die Instruktionen für den Ka[...] liere Nigra sind abgegangen. — Der Ministerpräsident G[...] Menabrea hat sich in Folge des Ablebens seiner Mutter n[...] Chambery begeben, von wo er direkt hierher zurückkehren wird. Das Parlament wird am nächsten Dienstag wieder zusamm[...] treten.

Turin, 7. Jan. Der von Professor Riberi gestiftete Pr[...] von 20,000 Lire für das beste Werk in Chirurgie und Medi[...] ist dem Professor Bruns in Tübingen von der medizinisch[...] Akademie in Turin zuerkannt worden für seine chirurgi[...] Laryngoskopie.

Rußland und Polen.

□ **Warschau,** 6. Januar. Zu dem heute am er[...] Feiertage griechischen Stils in der russischen Kirche um 11 U[...] stattgehabten Gottesdienste waren alle Stabs- und Oberoffiz[...] der Garnison, sowie die Spitzen der Militär- und Zivilbehörd[...] befohlen. Während des Offertoriums wurden 21 Kanonensch[...] auf dem Walle der Alexanderzitadelle gelöst. — Ein eben [...] schienener Ukas verordnet, daß bei Gehaltsabzügen angestellt[...] Beamten nicht mehr, wie bisher geschehen, die Kassen befugt [...] sollen, das Abzugsverfahren einzuleiten und nach ihrem Gutacht[...] die Abzüge zu bestimmen und an die Extrahenten auszuzahl[...] sondern dies soll allein durch die Behörden geschehen, bei den[...] der betreffende Beamte fungirt, die Kassen haben nur nach de[...] Anweisung zu verfahren. Dieser und mehre andere jetzt ersch[...] nene und durch das Organisationskomitee für Polen publi[...] Ukase beginnen mit der Formel: Se. Majestät der Kaiser vo[...] Rußland, König von Polen 2c. befiehlt, daß im Königrei[...] Polen u. s. w. Der Kaiser ist also, trotz alledem eingedenk [...] blieben seiner Worte: „Ich werde meinen Nachkommen unve[...] kürzt hinterlassen, was ich übernommen, und so lange ich le[...] werde ich König von Polen und wird Polen ein Königreich bleib[...]

Aus **Polen,** 6. Januar. Seit etwa vierzehn Tagen zieh[...] Agenten herum und machen für renommirte Armeelieferant[...] Aufkäufe an Roggen, Hafer und Spiritus. Ob zu diesen Au[...]

Stadttheater.

Margarethe (Faust), Oper von Gounod.

Die Anzahl schöner Momente, welche das Werk neben der Ausartung in viele leichtfüßige Abschweifungen enthält, traten bei der gestrigen Vorführung in kein ungünstiges Licht, und wenngleich nicht Alles durchweg abgerundet und plastisch wirksam abrollte, so war doch die Durchführung der Oper im Stande, dem Ganzen zu einem tiefen Eindruck zu verhelfen. — Gretchen, Fräulein Schönfeld, brachte das Poetische und Hochtragische dieser Erscheinung recht vortrefflich zur Geltung, und ihr gebührt mit Mephisto, Herrn Egli, der Löwenantheil des Abends, wir unterlassen es deshalb nicht, ihnen unsere Achtung zu bezeugen, abgesehen vom Tremuliren. Faust, Herr Rulf dessen Stimme ausreicht, eine so große Partie zu beherrschen, und der gewiß befriedigt hat, verlor dadurch an Wirkung, daß ihn die Wärme und Glätte dramatischer Entwickelungskunst und die äußere schauspielerische Sicherheit, welche das musikalische Element heben müssen, noch oft genug nur mangelhaft unterstützen. Valentin, Herr Hernany, dessen in den vorigen Opern nur in Kürze gedacht werden konnte, ist durchaus kein Sänger ersten Ranges, aber er füllt seine Aufgabe mit Bewußtsein und formvoll aus, so daß ihm Anerkennung nicht fehlen kann, zudem hat er es mit einer im Ganzen undankbaren, eigentlich nur in der Todesszene wirksamen Partie zu thun. — Von den Nebenrollen hat uns Marthe, Frau Egli, den vollsten Beifall abgewonnen. — d —

Die Arzneimittel in ihrer Bedeutung für das Volk.

Vortrag von Dr. Karl Ruß.

Gesundheit ist die Grundbedingung jeder menschlichen Wohlfahrt. Ohne sie giebt es keinen Frohsinn, kein regsames und tüchtiges Schaffen, ohne sie ist kein ungetrübtes Glück denkbar, selbst in der sonst glänzendsten und angenehmsten Lage des Lebens.

Aber wie viele oder vielmehr wie wenige Menschen sind denn eigentlich unbedingt gesund? Blicken wir im täglichen Leben um uns her: selbst der kräftigste Mann hat wohl irgend eine empfindliche Stelle an seinem Körper, auf der jeder üble Einfluß der Witterung, jede starke Gemüthserregung, jede übermäßige Kraftanstrengung und dergleichen sich schmerzhaft geltend machen. Noch mehr: selbst unter dem Aussehen blühender, jugendfrischer Gesundheit birgt sich oft tief im Innern der Keim verderbendrohender Krankheit oder wohl gar des unerbittlichen Todes. Wir dürfen, um uns ein solches Beispiel zu vergegenwärtigen, ja nur an die Lungenschwindsucht und andere derartige Krankheiten denken.

Betrachten wir dann aber erst gar die Fülle der allenthalben uns umgebenden offenkundigen Krankheiten, — dann schaudern wir nicht nur über die Allgemeinheit und zugleich häufige Größe der Leiden des menschlichen Körpers, sondern auch über die beinahe zahllose Menge und Mannigfaltigkeit der verschiedenen Krankheitsformen. Da ist es denn ganz natürlich, daß man sich nach Hülfe und Rettung vor allen diesen großen und kleinen Leiden des Menschenkörpers umschaut. Und alle diejenigen Dinge, welche in diesem Sinne uns nutzbar sich erweisen, sind eben die Arzneimittel, über die ich Erörterungen zu geben gedenke.

Es kann hier keineswegs meine Aufgabe sein, die Arzneimittel nach allen ihren Wirkungen hin zu erläutern und also in dem wissenschaftlichen Fache der Heilkunde mich ergehen zu wollen; es kann mir nicht einfallen, auf die Zusammensetzung und Zubereitung der Arzneien tief einzugehen und also aus der Pharmazie oder Apothekerkunst Ihnen Mittheilungen zu machen; ebenso würde es nicht schicklich sein, die Uebelstände und Mißlichkeiten hier zu beregen, welche für das Publikum bei uns in der unglücklichen Stellung des Apothekers begründet liegen, der — weder Geschäftsmann noch Beamter — nach einer Seite hin im Betriebe seines Erwerbes durch staatliche Ueberwachung gehemmt ist, nach der andern Seite hin dennoch keineswegs entsprechende Vortheile genießt.

Dagegen beabsichtige ich, einerseits eine übersichtliche Schildernng aller derjenigen Gegenstände zu geben, welche sich als Arzneimittel tauglich und heilsam erweisen, eine Warnung zugleich vor denen, die überflüssig oder gar schädlich sind, und andererseits eine möglichst umfassende Erörterung aller der unzähligen Mißbräuche, falschen Begriffe und Vorurtheile, die sowohl während der Behandlung des Kranken durch den Arzt, als auch namentlich bei dem Selbstkuriren des Publikums — also in der Volksheilmittelkunde — allenthalben sich eingebürgert haben. Besonderes Gewicht möchte ich noch auf einige Rathschläge legen, die bei dem Gebrauch von Arzneien niemals außer Acht gelassen werden sollten.

Von vornherein tritt uns eine allgemeine Begriffsverwirrung darüber entgegen: was man überhaupt unter Arzneien zu verstehen habe, und wie weit der Begriff aller der Dinge, die man als Arzneimittel zu betrachten berechtigt ist, sich eigentlich ausdehnen darf. Ein Vorurtheil, welches bereits in der naiven Naturanschauung alter Zeiten wurzelt, finden wir auch noch in unserer Gegenwart allenthalben verbreitet. Es besteht in der Annahme, daß sämmtliche sogenannte Arzneimittel gar keinen andern Zweck in der Welt hätten, als zur Heilung kranker Menschen zu dienen, und daß somit die große Allmutter-Natur oder die göttliche Fürsorge ihn hoher Weisheit „für jede Krankheit auch ein Kräutlein" habe wachsen lassen. Hieraus waren weiterhin eine Menge sonderbarer Phantastereien entsprungen, z. B. die Annahme, daß die Aehnlichkeit einer Pflanze oder irgend eines andern Dinges mit körperlichen Zuständen auch eine darin liegende Wirkung auf dieselben anzeigen müsse. Man brauchte stark behaarte Pflanzen gegen Kahlköpfigkeit, gallenbittere gegen Leberleiden, rothe gegen Entzündungen, gelbe gegen Eiterungen u. s. w. In dieser Anschauung beruht wesentlich ja auch der Grundzug der Homöopathie, welche „Gleiches mit Gleichem" oder — nach meiner bescheidenen Auffassung — vielmehr mit Nichtsen zu heilen lehrt.

Um die in naturgemäßer Nothwendigkeit, gleich der wohlthätigen Reform auf allen andern Gebieten, auch hier sich bahnbrechende Aufklärung und Berichtigung der Anschauungen zu schildern, muß ich Sie bitten, zu einem kurzen Ausfluge in die Geschichte der Arzneimittel, beziehungsweise ihrer Lehre — der Pharmazie — mich begleiten zu wollen.

Im hohen Alterthum waren die Aerzte meistens Priester und Zauberer zugleich in einer Person. Die Bibel erzählt, daß Moses der Priester auch ebenfalls der Arzt seines Volkes war, und noch heute können wir nicht ohne Staunen und hohe Achtung auf seine Gesetzgebung blicken, deren Vorschriften in naturgemäßer Körperpflege begründet sind.

Diese Aerzte sammelten und bereiteten sich die Heilmittel auch selber zu, und erst in späterer Zeit beschäftigten sich mit der Gewinnung der fast nur dem Pflanzenreiche entnommenen Heilstoffe besondere Wurzelgräber, die sogenannten Rhipotomen, welche auch nach und nach die Zubereitung und den Verkauf der von den Aerzten angewandten Arzneien übernahmen und dann Pharmakopolen genannt wurden, woraus die jetzige Benennung Pharmazeuten (Apotheker) entstanden ist. Jedenfalls dürfen wir annehmen, daß der größte Theil der jetzt unsern Körper heimsuchenden Krankheiten bereits im Alterthum das Menschengeschlecht geplagt habe; mangels einer grü[...] lichen Kenntniß der Anatomie, sowie der Verrichtungen der Organe kon[...] ten die damaligen Aerzte bei ihren Bemühungen ein Leiden zu bekämpf[...] jedoch nur völlig im Dunkeln tappen. Dazu kam die Neigung des Alt[...] thums zum Wunderbaren, nach welcher außer der erwähnten Aehnlichkeit[...] beziehungen auch noch jedem auffallenden Gegenstande alle möglichen w[...] derlichen Eigenschaften und Wirkungen zugeschrieben wurden, wodurch [...] immerhin doch nur geringe wirkliche Wissen sich vollends verwirrte.

Später glaubte man auch noch weiter gegen jede Krankheit ein spe[...] fisches Heilmittel, besonders aus dem Pflanzenreiche zu finden, und je m[...] verschiedene Krankheitserscheinungen man kennen lernte, desto reicher wu[...] der Arzneimittel-Schatz. Um darin recht sicher zu gehen, daß eine Medi[...] auch gewiß das dem Kranken nöthige Mittel enthalte, wurden nun Mi[...] ren zusammengebraut, die aus einer möglichst großen Menge heilsam[...] Stoffe bestanden. Hieraus entsprang wiederum der ganz natürliche Wun[...] eine Universalmedizin zu erfinden, welche unfehlbar gegen jedes Ue[...] wirksam sein müsse. Eine solche glaubte unter Anderen Mithridates [...] von Pontus, der den größten Theil seines Lebens hindurch mit derartig[...] Versuchen sich beschäftigt hatte, denn auch endlich zusammengestellt zu hab[...]

Etwa in den Jahren zwischen 300 und 350 n. Chr. Geburt began[...] die Griechen die Pharmazie als besonderen Lehrzweig neben der Medi[...] zu behandeln. Nach Griechenlands Eroberung gingen nächst anderen Wiss[...] schaften auch diese beiden auf die Römer über, und deren Aerzte setz[...] besonders zur Kaiserzeit ihren vorzüglichsten Ruhm darein, unendlich vi[...] fach zusammengesetzte Arzneien zu erfinden.

So wurde das alte, vorhin erwähnte Wundermittel, der Mithrid[...] durch vielfache Zusätze und Verbesserungen in den berühmten Theriak ve[...] wandelt, welcher außer thierischen Substanzen, z. B. dem Fleische von Gif[...] schangen, über 60 vegetabilische Bestandtheile enthält, deren einer, Magm[...] hedychroon genannt, wiederum aus 18 einzelnen Pflanzenstoffen zusamm[...] gesetzt war. Andromachus, der Erfinder, legte dem Kaiser ein in Ver[...] abgefaßtes Rezept zu Füßen, und seitdem wurde dieses Arzneimittel — [...] unter großen öffentlichen Feierlichkeiten bereitet. Dieser Gebrauch erhielt [...] Jahrhunderte hindurch — und mein Großvater wußte zu erzählen, daß [...] noch im Jahre 1787 die Pauken und Trompeten bei der feierlichen Zub[...] reitung des Theriaks schmettern gehört hatte. Ihren Haupt-Bestandtheile[...] nach finden wir diese kuriose Mischung sogar noch heutigen Tages in [...] Apotheken und sehen, daß sie von unaufgeklärten Leuten als Heilmittel f[...] Menschen und Thiere noch vielfach gekauft wird. Ja, in Neapel wurde[...] unter der Aufsicht der bourbonischen Staatsregierung, so lange diese eb[...] existirte, die Vipern zum Theriak eingefangen, — jedenfalls doch eine wü[...] dige Fürsorge dieses Königthums für seine Unterthanen!

Auch noch andere der von den römischen Aerzten erfundenen Arzneien[...] z. B. das Diachylonpflaster des Menekrates, haben sich bis auf unsere Ze[...] im Gebrauch erhalten.

Vielmehr aber, als alle Bestrebungen auf dem Gebiete der Heilkunde[...] kamen der Pharmazie allmälig die Fortschritte der Chemie zu Hilfe. Di[...] Chemie ging bekanntlich aus den dunkelsten Mysterien hervor. Ihre Uran[...] fänge, ihre wundersame Entwickelung aus der Alchymie oder Goldmacher[...] kunst zur wirklichen lebensfähigen und zugleich für die Menschheit unendlic[...] wichtigen Wissenschaft, — das hier auszumalen, würde uns zu weit führen[...] ich darf es hier nur insofern berühren, als die Chemie mit der Pharmazi[...] Hand in Hand ging.

Ein Hauptbeweggrund aller chemischen Versuche und Experimente i[...]

käufen von oben Befehl ergangen, oder ob dieselben von den Leuten nur auf Spekulation betrieben werden, konnte ich nicht ermitteln, die Thatsache aber steht fest und sind die vorgenannten Produkte auch bereits im Preise gestiegen.

Türkei.

Konstantinopel, 29. Dez. Die von hier zur Beruhigung der Gemüther verbreiteten Gerüchte, daß für die Abreise der Griechen als längerer Termin eine Zeit von vierzehn Tagen gewährt worden sei, haben in der Praxis keine Bestätigung gefunden. Es sind von hier wie aus den Provinzen viele Griechen ausgewiesen worden, und das dabei zur Anwendung gebrachte Verfahren hat keine unbedeutenden Erträge der bei der Entscheidung Betheiligten eingebracht. Hier in Konstantinopel leben allein 50,000 bis 60,000 Griechen, außer den Kaufleuten viele Gewerbtreibende und Handwerker. Diese Leute opfern einen Theil ihres Vermögens, um der Verarmung in Folge der Ausweisung zu entgehen und die zur Erreichung dieses Zweckes verwendeten Summen müssen daher sehr bedeutend sein. Die türkische Regierung hat sich vorbehalten, diejenigen Griechen auszuweisen, welche ihr kein Vertrauen einflößen. Das ist ein sehr bedenklicher und für die griechische Bevölkerung nachtheiliger Beschluß. Wer die Verhältnisse hier im Orient kennt, wird in diesem Beschluß nur eine Schraube in den Händen der Behörden zur Gelderpressung erblicken. Die Sistirung der Ausweisung hängt von der Beibringung des guten Leumundzeugnisses eines türkischen Beamten ab. Ob zur Rettung der Eltern griechischen Töchtern nicht die Aufnahme in den türkischen Harems zugemuthet wird, soll hier nicht erörtert werden. Aus diesem Grunde erklärt sich aber die allgemeine Abneigung der Türken gegen eine europäische Konferenz zur Beilegung des Konflikts mit den Griechen, und das Bemühen, den Zusammentritt der Konferenz aufzuschieben. Die herrschende Klasse will nämlich den Termin für die Ausnutzung der Verhältnisse so weit als möglich ausdehnen Die Ausweisung der Griechen ist eine Angelegenheit der Spekulation, eine Sache des Vortheils, der Bestechung und der Fälschung geworden. In der Verzögerung der Beschickung der Konferenz kommt ein frevelhaftes Spiel mit der Ruhe der europäischen Völker zur Anwendung.

Amerika.

Newyork, 5. Januar. General Dulce hat gestern seine Stelle als Gouverneur von Kuba angetreten. — In der Umgegend von Savannah ist die Ruhe wieder hergestellt, indem die Neger den Widerstand gegen den Sherif aufgegeben haben; Letzterer hat mit Unterstützung des Militärs mehrere Verhaftungen vollzogen.

Havanna, 4. Januar. General Lersundi hat sich nach Spanien zurückbegeben.

Parlamentarische Nachrichten.

(O. C.) **Berlin,** 8. Jan. Der heutige Tag war der Thätigkeit der Kommissionen des Hauses der Abgeordneten gewidmet, als deren wichtigste Resultate wir das Folgende hervorheben:

Die Budgetkommission genehmigte den vom Referenten v. Bockum-Dolffs ausgearbeiteten Bericht über die von der Regierung beantragte Emission von 5 Millionen Thlr. als eines Theiles des noch nicht begebenen Kriegsanleiherestes. Von dieser Anleihe, die im Betrage von 60 Millionen bewilligt war, wovon erst 40 Mill. ausgegeben, die Regierung verlangt neuerdings die Ausgabe von 5 Mill, und es verbleiben demnach 15 Mill. als noch nicht begeben. Der Bericht des Hrn. Referenten, der die Bewilligung der 5 Mill. beantragt, giebt eine interessante Darstellung der durch den Krieg veranlaßten Ausgaben, die einschließlich der Retablissementskosten zwischen 140 und 150 Mill. betragen. Der Bericht nimmt ferner Akt von der Erklärung der Vertreter der Staatsregierung, daß sie über den Betrag der bisher ausgegebenen, vom Landtage zu genehmigenden 13 Millionen Schatzanweisungen nicht hinauszugehen Willens ist und daher die obigen 5 Millionen auf andere Weise beschaffen wird. Ueber eine Unzahl von Petitionen, betreffend die Vermehrung der Lotterieloose und die Gewährung von Kollekteurstellen, namentlich in den neuen Landestheilen, wurde der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Die besondere Kommission für das Subhastationsgesetz erledigte in Gegenwart der Regierungskommissare, Geh. Räthe Förster und Falk, die §§ 1—4 der Vorlage, ohne sie zu verändern, vorbehaltlich einer die Kompetenz bei Subhastirung von Schiffen betreffenden Bestimmung in § 2.

Die Justizkommission beschäftigte sich heute mit dem Antrage des Abg. Eberty, dessen § 1 die Aufhebung des Staatsgerichtshofes und Ersetzung desselben durch lokale Schwurgerichte verlangt. Die Kommission genehmigte denselben mit 6 gegen 4 Stimmen, wobei sie von der Ansicht ausging, daß ein solcher Beschluß eine Verfassungsänderung nicht involvire. Der § 2, der die politischen und Preßprozesse den Geschworenen überwiesen haben will, wurde mit 5 gegen 5 Stimmen abgelehnt, ein negatives Resultat das bei der Zusammensetzung der Kommission vorherzusehen war. Der Vertreter der Staatsregierung Geh Rath Schelling, wies darauf hin, daß der in Rede stehende Antrag einen Theil der von den Organen des Norddeutschen Bundes vorbereiteten Strafgesetzgebung antizipire, und bemerke beiläufig, daß es während der letzten bewegten Jahre sehr schwierig gewesen wäre, namentlich in einzelnen Theilen der vergrößerten Monarchie, mit Schwurgerichten bei politischen und Preß-Prozessen durchzukommen. Eine vom Abg. Windthorst (Meppen) beantragte Tagesordnung über den § 2, die durch die bevorstehende Bundesgesetzgebung motivirt wurde, lehnte die Kommission ebenfalls ab.

— Das 3. Verzeichniß der beim Hause der Abgeordneten eingereichten Petitionen umfaßt, der „K. S.“ zufolge, deren 414, darunter allein 217, welche der Unterrichts-Kommission zur Berathung überwiesen worden sind, 38 Petitionen, welche die Preßgesetzgebung, resp. den Duncker-Ebertyschen Entwurf angehen. Sonst sind auch eigenthümliche Forderungen aufgeführt. Da hat ein Ingenieur Riese in Praga sich an das Abgeordnetenhaus gewendet und um diplomatische Hilfe gebeten, um eine Kaution von den Warschauer Behörden zurückzuerhalten, die er behufs Erfüllung des Kontrakts, Warschau mit Porphyrwürfelsteinen zu pflastern, geleistet und welche einbehalten wird, weil er wegen der im Jahre 1863 ausgebrochenen Revolution nicht pflastern konnte. — Die Königsberger Kaufmannschaft erklärt sich gegen die Kartellkonvention mit Rußland; der langjährige Kunde Dr. Bertrand zu Koblenz will in seinen Rechten geschützt sein, der Gastwirth Kretzer plaidirt für ein Centralfindelhaus in Berlin, hier wird die Gleichstellung der jüdischen Rittergutsbesitzer mit den christlichen in Ausübung der ständischen und Patronatsrechte verlangt, dort fordert ein Hamburger 1000 Thlr. zur Uebersiedelung nach Amerika, während ein Dritter aus Nord-Amerika gern in die Heimath zurückkehren möchte, wenn das Abgeordnetenhaus ihm eine Küsterstelle verschafft. — Anträge auf Eisenbahnbauten, Klassensteuerermäßigungen, Herstellung der hannöverschen Lotterien fehlen natürlich nicht.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 9. Januar. Se. Eminenz, der Erzbischof von Posen und Gnesen, Graf Ledochowski, ist vorgestern in Berlin eingetroffen und gestern von Sr. Maj. dem Könige empfangen, auch zur Tafel gezogen worden.

— Aus der diesjährigen Rubricelle für die beiden Erzbisthümer Gnesen und Posen entnehmen wir folgendes: Die beiden Domkapitel sind vollzählig. Die Erzdiözese Posen zählt 22 Dekanate, 343 Parochialkirchen, 83 Filialkirchen, 540 Geistliche und 644,933 Katholiken; Gnesen 16 Dekanate, 211 Parochialkirchen, 11 Filialen, 162 Geistliche und 301,793 Seelen. Im Geistlichenseminar zu Posen befinden sich 66 Alumnen, zu Gnesen 30. In Rom studiren 2 Kleriker, in Münster 5.

— Sitzung der Stadtverordneten den 7. Januar. (Schluß.)

6) Beantwortung der Notaten über die Marstallfondsrechnung pro 1867. Diese Angelegenheit ist in der Kommission noch nicht erledigt und wird demnach vertagt.

7) Wahl von Schiedsmännern, Bezirks- und Armen-Vorstehern. Herr C. Meyer bringt als Referent der Wahl-Kommission in Vorschlag: als Stellvertreter des Bezirksvorstehers für den 17. Bezirk Herrn Brzeski; als Armenvorsteher für den 3. Bezirk Herrn Pade, für den 4. Bezirk Herrn Lekszycki; als Schiedsmänner für den 10. Bezirk Herrn O. W. Fiedler, für den 14. Bezirk Galezewski. Die Versammlung erklärt sich mit diesen Vorschlägen einverstanden.

8) Errichtung einer Brückenwaage. Bereits bei der Berathung des Etats für 1868 war in der Stadtverordnetenversammlung die Errichtung einer Brückenwaage vor dem Stadtwaagegebäude beantragt worden. Dieselbe soll derartig eingerichtet werden, daß die Fuhrwerke nach Abspannung der Pferde zuerst sammt den Frachtgütern, und später ohne dieselben verwogen werden. Der Magistrat hat die Sache in Berathung gezogen, empfiehlt jedoch die Anlage einer solchen Brückenwaage nicht, einerseits aus technischen Gründen, da das Umwenden der Fuhrwerke vor dem Stadtwaagegebäude seine Schwierigkeiten haben würde, andererseits aus finanziellen Gründen, da im Verhältnisse zu den bedeutenden Kosten der Anlage (7 bis 800 Thlr.) eine solche Einrichtung nicht rentabel sein würde. Herr Stadtbaurath Stenzel äußert seine Ansicht dahin, daß die technischen Schwierigkeiten durch geeignete Vorrichtungen überwunden werden könnten, Herr Löwinsohn und Herr B. Jaffe weisen auf die großen Vortheile hin, die hauptsächlich zur Zeit des Wollmarktes aus der Errichtung einer solchen Waage mit verdeckter Halle für die rasche Abwickelung des Wiegegeschäftes erwachsen würde. Die Versammlung beschließt, den Antrag nochmals der Finanzkommission zugehen zu lassen.

9) Die Entsendung eines Abgeordneten zur Versammlung von Gemeinde-Vertretern preußischer Festungen. Von Herrn H. Bielefeld ist der Antrag gestellt worden, „zu der am 11. bis 14. Januar d. J. in Berlin tagenden Versammlung von Gemeindevertretern preußischer Festungen einen Vertreter der Stadt und Festung Posen zu senden.“ Zur Motivirung des Antrages wird das Drückende und Volksunwirthschaftliche der Rayongesetze und als Zweck der Versammlung eine Pression auf die Regierung zu der endlichen Minderung oder Beseitigung der durch die Rayongesetze hervorgerufenen Uebelstände, event. die Herstellung eines gesetzlichen Entschädigungsmodus für die Grundbesitzer im Festungsrayon hervorgehoben. Der Magistrat hat diese Angelegenheit gleichfalls in ernste Erwägung gezogen und wird als Vertreter der Stadt Posen Herrn Stadtbaurath Stenzel zu der Versammlung nach Berlin senden. Herr Stenzel erläutert den Zweck und die hohe Bedeutung jener Versammlung. Vergeblich waren bisher die Bemühungen der Stadt Posen, durch Petitionen an den Landtag eine Erleichterung der drückenden Bestimmungen der Rayongesetze zu erzielen. Was die Stadt bisher für sich allein nicht erreichen konnte, soll nun in Gemeinschaft mit anderen Städten durch Petitionen an den Reichstag angestrebt werden. Herr Schmidt beantragt, Seitens der Stadtverordneten gleichfalls einen Vertreter zu der Versammlung zu senden, Herr Andersch bringt dazu den Herrn Feckert in Vorschlag; Herr Stenzel theilt mit, daß im Magistrate gleichfalls die Frage ventilirt worden sei, ob es nicht vortheilhaft sein würde, außer einem Techniker noch einen Juristen zu der Versammlung zu senden; man glaubte jedoch, davon Abstand nehmen zu können, da dort zunächst erst möglichst viele Thatsachen in der betreffenden Angelegenheit gesammelt und erst dann auf Grund dieser vorliegenden Thatsachen an den Reichstag eine Petition gerichtet werden soll. Nachdem Herr Bielefeld noch den Wunsch ausgesprochen, daß gleichzeitig auf dieser Versammlung die Frage ventilirt werden möge, ob es nicht im Interesse einer bessern Regulirung und Kontrollirung des Einquartierungswesens vortheilhaft sein würde, daß die Kommandanten der Festungen verpflichtet würden, den Magistraten amtliche Auskunft über den Präsenzstand der Garnisonen zu Friedenszeiten zu geben, beschließt die Versammlung, keinen zweiten Vertreter der Stadt Posen nach Berlin zu senden, sondern sich mit der Vertretung der städtischen Interessen in dieser Angelegenheit durch Herrn Stadtbaurath Stenzel zu begnügen.

— [Die neue Stadtrathsstelle.] Wie wir bereits mitgetheilt haben, ist in der Sitzung der Stadtverordneten am Mittwoch die Wahl eines neuen besoldeten Stadtraths ein Jahr verschoben worden. Der Magistrat wird, wie wir hören, gegen diesen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung remonstriren, da früher außer dem Oberbürgermeister und Bürgermeister stets 3 besoldete Stadträthe (vor etwa 10 Jahren die Herren Au, Thayler und Wollenhaupt) angestellt waren, und die Folge der andauernden Nichtbesetzung dieser Stelle seiner Ansicht nach nur, die sein könne, daß entweder die Magistratsgeschäfte wegen Mangels der nothwendigen Arbeitskräfte nicht vollständig erledigt oder die vorhandenen Kräfte zum Nachtheil ihrer Gesundheit mit Arbeiten überbürdet werden. Der letzte Verwaltungsbericht weist mehrfach darauf hin, daß manchen Zweigen der städtischen Verwaltung, z. B. dem Schul- und Armenwesen, wegen mangelnder Arbeitskräfte während des vergangenen Jahres nicht diejenige Pflege zu Theil werden konnte, die bei der Wichtigkeit gerade dieser Verwaltungszweige in kommunalem Interesse durchaus wünschenswerth wäre.

— [Konzert.] Vorgestern fand im Lambertschen Saale das erste Streichkonzert der Geschwister Jewe unter Begleitung des Konzertmeisters Herrn Winter statt. Die drei Damen leisten auf ihren Instrumenten in Wahrheit etwas Vorzügliches; das Zusammenspiel ist ein außerordentlich reines; der Vortrag ist ein seelenvoller, und die größten technischen Schwierigkeiten werden mit Leichtigkeit überwunden. Von Solo-Vorträgen erwähnen wir hauptsächlich der „Rhapsodie Hongroise“ von von Miska Hauser, vorgetragen auf der Violine von Frl. Pauline Jewe; ferner des „Ave Maria“ von Schubert, auf dem Cello gespielt von Fräul. Emma Jewe. Großen Beifall fand ein „Valse brillante“ für zwei Violinen, und der „Reigen seliger Geister“ von Gluck; dieselbe Wirkung erzielte durch Reinheit des Zusammenspiels, wie durch den verständnißvollen Vortrag die „Kinderträumereien“ von R. Schumann und das schöne Mendelssohn'sche Lied: „Es ist bestimmt in Gottes Rath.“ Das nächste Konzert der Gesellschaft wird am nächsten Montag stattfinden. Wir verfehlen nicht, das musikalische Publikum auf diesen Kunstgenuß aufmerksam zu machen.

— [Verein junger Kaufleute.] Die alljährliche Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute, welche am 25. Dezember wegen Beschlußunfähigkeit ausfiel, fand am 30. Dezember unter zahlreicher Betheili-

---

den ältesten Zeiten — welcher diese Wissenschaft mit der Heilkunde und Arzneimittelkunde zugleich eigentlich in Eins verschmolz — war nämlich die Auffindung des geheimnißvollen Steines der Weisen. Dieser sollte bekanntlich nicht blos zur Goldmacherei dienen, sondern hauptsächlich auch zur Bereitung des heißersehnten „Lebenselixirs“, des Universalsmittels zur Heilung sämmtlicher Krankheiten und zur Erhaltung des Lebens bis in alle Ewigkeit unter immerwährender Verjüngung.

Um von hier aus bis zum jetzigen Zustande der Apothekerkunst, und somit auch der Arzneien selbst, die Fortentwickeluug und Umgestaltung bei der richtig ermessen zu können, müssen wir die Geschichte der Pharmazie noch weiterhin kurz verfolgen.

Die erste wirkliche Apotheke wurde im Jahre 800 n. Chr. Geb. in Bagdad angelegt, und etwa 100 Jahre später erschien die erste Pharmakopöe oder Arzneizubereitungsbuch in arabischer Sprache. Die Araber hatten, nachdem sie ihre Herrschaft in Spanien befestigt, in einer Zeit, da in dem ganzen übrigen, von den Zügen roher Völker überflutheten Europa fast jede Kultur der Vernichtung anheimfiel, auf ihren in Kordova u. s. w. gegründeten Hochschulen neben anderen Wissenschaften auch die Medizin und Alchymie bereits zu einer recht bedeutenden Blüthe gebracht. Einer ihrer bedeutendsten Alchymisten, Geber, spricht in seinen Schriften, welche bis in das sechszehnte Jahrhundert als Hauptquellen dieses Studiums angesehen wurden, schon von Schwefel-, Salpeter- und Essigsäure, Königswasser, Schwefelmetallen, Schwefelmilch, Salpeter, Salmiak, Vitriol, Pottasche; er kennt die ätzenden Alkalien, die Quecksilberpräparate, die Auflösung von Gold und die Darstellung von Silbersalpeter oder Höllenstein; ja, die Destillation und Sublimation sind ihm längst bekannte Verrichtungen. Und kurze Zeit nach ihm mußten seine Nachfolger bereits Ammoniak, Arsenik, Antimon, Weinstein, Weingeist u. s. w. darzustellen.

Nach Italien gelangten nächst andern Wissenschaften auch die Heilkunde und Arzneimittelkunde zur Zeit der Kreuzzüge und von hier aus verbreiteten sie sich erst über das gesammte Europa. In Salerno und Monte Kasino entstanden nun berühmte Schulen der Medizin und Pharmazie, und im 12. Jahrhundert gab König Roger von Neapel die erste Medizinalverfassung, welche Kaiser Friedrich II. erweiterte und zu der er die erste Arzneitaxe hinzufügte. Dies ist für uns insofern bemerkenswerth, als hiermit zuerst jene staatsgesetzliche Ueberwachung der Zubereitung wie des Verkaufs der Medikamente begründet ward, die sich in den meisten Staaten bis auf die Gegenwart herab erhalten hat.

Bald entstanden nun, etwa vom Beginn des 12. Jahrhunderts an, die ersten Apotheken in Italien, Frankreich, Deutschland u. s. w., und immer mehr und immer selbstständiger schied sich jetzt die Pharmazie von der Medizin. Mit der Entstehung der Universitäten trat besonders auch die erstere als Wissenschaft mehr hervor; schon im 14. Jahrhundert blühte für sie eine eigene, freilich hauptsächlich alchymistische Literatur empor, als deren vornehmste Träger Roger Baco, Raymundus, Lullus, Basilius Valentinus und Albertus Magnus zu nennen sind.

Noch immer aber erscheint uns bis hierher die Apothekerkunst tief in den ersten Kinderschuhen. Erst ganz allmälig und besonders durch die immer bedeutendere Förderung von Seiten der Chemie konnte sie eine bessere Gestaltung vornehmen. Eben die vielfache Anwendung chemisch zubereiteter Arzneimittel mußte die Apotheker, welche bis dahin fast nur als bloße Wurzel- und Arzneikrämer zu betrachten waren, dazu anreizen, daß sie ebenfalls der Chemie sich widmeten, wodurch nach beiden Seiten hin ersprießliche Erfolge erzielt wurden.

Als einen der bedeutendsten Männer, deren Wirksamkeit für die Entwickelung der Arzneimittelkunde von außerordentlichem Einflusse war, muß ich den Paracelsus nennen, dessen ganzes Auftreten wie seine Werke freilich mit unglaublichem Wust und „Bombast“ umgeben waren, der indessen durch Einführung vieler neuer chemischer Präparate die Pharmazie außerordentlich erweiterte. Unter den ihm folgenden und bereits mit weit mehr Klarheit, Sicherheit und ohne weitschweifige und unnütze Zuthaten chemische Präparate darstellenden Männern erscheint vorzugsweise Glauber dadurch erwähnenswerth, daß er das von ihm Sal mirabile — Wundersalz — und noch jetzt allgemein nach ihm „Glaubersalz“ benannte schwefelsaure Natron nebst verschiedenen andern Salzen zuerst darstellte, welche bis jetzt noch zu den wichtigsten Arzneimitteln gehören.

Die ganze neuere Geschichte der Heilkunde zeigt uns das Bestreben, den Arzneimittelschatz von all dem Wust und Ballast wieder zu befreien, den Jahrhunderte in ihm aufgehäuft hatten. Bis auf die allerneueste Zeit herab sehen wir die Mixturen immer einfacher und damit die Heilmethode immer naturgemäßer werden. Während vor gar nicht langer Zeit noch eine unglaubliche Anzahl von Gewächsen unserer einheimischen Fluren in des Apothekers Küche Verwendung fanden und in gleicher Weise die mannigfaltigsten Stoffe der übrigen Naturreiche dort vertreten waren, ist jetzt der Mehrzahl der arzneilichen Pflanzen von ihrem frühern Ruhme nichts weiter übrig geblieben, als das Anhängsel „officinalis“ hinter ihrem Namen und ebenso hat man auch die überschwengliche Menge aller andern unwirksamen und überflüssigen Arzneien möglichst auszumerzen gesucht.

Man wolle indessen keineswegs glauben, daß dieses wohlthätige Streben, die Arzeneikunde zu vereinfachen und gerade durch sorgfältige Sichtung und Ausmerzung alles Ueberflüssigen oder Verderblichen zu bereichern, nur in dem Aufschwunge der neuern Zeit begründet sei — oder gar, wie viele Leute meinen, der Homöopathie seinen Ursprung verdanke; nein, der bereits vorhin erwähnte Philippus Aureolus Theophrastus Bombastus Paracelsus ab Hohenheim war als ein Erzrevolutionär dieser Wissenschaft zu betrachten, indem er den Aerzten seiner Zeit zurief: „Nun schauet, wenn man Eure Herbarios lieset, so schreibt Ihr einem Kraute allein wohl funfzig, ja hundert Tugenden zu; aber beim Rezeptmachen hat ein Rezept dennoch oft vierzig bis funfzig Simplicia in sich wider eine Krankheit! Ihr löget, und trüget, daß Ihr selbst müsset Zeugniß geben, daß der meiste Theil nichts ist, als Katherei und Wähnen und keine Kunst!“

Selbstverständlich haben aber erst die Fortschritte der Naturwissenschaft in unserer neuesten Zeit volle Klarheit mindestens über das Wesen der Arzneimittel-Kunde gebracht. Man betrachtet sämmtliche als Arzeneimittel geeignet erscheinende Dinge zunächst als das, was sie an für sich sind, und sucht sodann die ihnen innewohnenden Eigenschaften für die Zwecke der Heilkunde in der Weise zu benutzen, daß man die durch sie bewirkten gewissermaßen als chemische und physikalische Experimente ansehen muß. In diesem Sinne kann man ebenso die Elektrizität, die Wärme, Bandagen und Instrumente, selbst mancherlei Nahrungsmittel, wie die zu eigentlichen Arzeneien dienenden Pflanzen und Thierstoffe, chemischen Präparate u. s. w. als Arzeneimittel ansehen.

In der That, faßt man die Krankheiten an und für sich als einfache Lebensvorgänge auf, welche entweder über das richtige Maß hinausgehen, oder hinter diesem Maße zurückbleiben und nur dadurch von den gesunden Lebensvorgängen sich unterscheiden, so hat man in ihnen ja nichts Anderes, als (selbstverständlich noch immer von der Lebenskraft geregelte) chemische Prozesse vor sich. Und erst dann, wenn man jede Krankheit wirklich als einen chemischen Vorgang erkennen gelernt, und ebenso die Wirkungen der Arzneimittel als chemische Einwirkungen auf diesen Prozeß sicher zu ermessen vermöchte, — erst dann würde die Heilkunde mit voller Sicherheit jede Krankheit zu beseitigen, mindestens zu mäßigen vermögen.

Bis jetzt ist aber das Verhältniß ein ganz anderes. Man kennt erst eine außerordentlich geringe Anzahl von Arzneimitteln, welche für gewisse Krankheitsformen unter allen Umständen spezifisch heilsam sind. Hierhin gehört z. B. das Chinin gegen das Fieber. Bei allen anderen Arzneimitteln hängt die Wirkung namentlich von zwei Bedingungen ab, erstens von ihren eigenen Eigenschaften an und für sich, zweitens aber auch von dem einzelnen Körpertheile auf den sie einwirken sollen. Eine große Anzahl von Arzneien hat nämlich nicht blos mehrfache, oft sehr verschiedenartige Wirkungen, sondern sie wirkt auch auf jeden einzelnen Körpertheil verschiedenartig ein. Es sei mir gestattet, dies durch einige Beispiele zu erläutern: ein Spanischfliegenpflaster reizt die äußere, unverletzte Haut nur zu einer Entzündung nebst Bildung einer Blase; auf eine tiefwunde, der Oberhaut beraubte Stelle gelegt, wirkt es aber ebenso und noch kräftiger, als wenn es eingenommen wäre. Wie im letzteren Falle durch den Magen, so gelangt es hier unmittelbar in's Blut und kann, unter andern Wirkungen, eine Entzündung der Nieren verursachen. Manche Gifte ferner zeigen sich unschädlich, wenn sie genossen werden, weil sie innerlich durch die Verdauung entweder wirkungslos gemacht werden oder überhaupt auf innere, aber unverletzte Organe keinen Einfluß ausüben können; dagegen tödten sie sofort, wenn sie in eine Wunde gebracht werden und also ins Blut gelangen.

Wiederum eine andere Wirkungsweise zeigen viele Arzneimittel je nach der Größe der Gabe: Morphium z. B. wirkt in kleiner Dosis stark erregend, und in größerer betäubend; Brechweinstein bringt in einigen Granen starkes Erbrechen hervor, in einem viertel, sechstel oder noch geringerem Bruchstücke des Grans aber eine sonderbare Nervenverstimmung (oder Umstimmung), die man füglich mit tiefem, unstillbarem Weltschmerz vergleichen kann u. s. w.

Schon aus diesen wenigen Beispielen wird erhellen, daß nicht blos zur Verordnung wie Zubereitung der Arzneien, sondern auch zum Gebrauch derselben überhaupt Verständniß und eine nicht geringe Kenntniß ihres Wesens nothwendig sei. Und dies — der hauptsächlichste Zweck dieser Darstellung — sei noch besonders in dem Nachfolgenden erörtert. Die jetzt folgenden Beispiele mögen zugleich eine allgemeine Uebersicht aller Arzneien geben, wie wir sie aus den Apotheken empfangen, und ebenso dessen, was wir ihnen gegenüber zu beobachten haben. (Fortsetzung folgt.)

---

* [Eine neue Heizmethode der Kupés], vom Maschinenmeister Mehler in Frankfurt a. O. erfunden, wird jetzt auf der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn versuchsweise angewandt. Der Probezug ist zwischen Berlin und Oderberg im Gange. Es ist zu diesem Zweck ein besonderer Packwagen von Eisen gebaut: dieser enthält eine kleine, eigenthümlich eingerichtete Dampfmaschine, welche unabhängig von der Lokomotive mit Heizungsmaterial und Wasser gespeist wird, um den Dampf zur Erwärmung der Kupés zu erzeugen. Unter den Wagenkasten laufen Gutta-Percha-Schläuche, durch welche der Dampf in die inneren Wagenräume getrieben wird, wo man durch Ventile die Temperatur nach den hier angebrachten Thermometern regeln kann. Die bisherigen Versuche mit dieser Heizung sollen gut ausgefallen sein; es fragt sich nur, ob bei steigender Kälte des Winters die Röhren der Wärmeleitung nicht einfrieren.

gung im Vereinslokale statt. Der Vorsitzende, Herr G. Jablonski, las zunächst den Jahresbericht vor. Danach ist die Anzahl der Mitglieder von zusammen 531 (208 ordentlichen, 323 außerordentlichen) am Anfange des vergangenen Vereinsjahres bis auf 537 (214 ordentlichen, 323 außerordentlichen) gestiegen. Die Gesammteinnahmen betrugen rund 1477 Thlr., die Gesammtausgaben 1458 Thlr., Bestand demnach 18 Thlr. Durch Renovirung des Vereinslokales, sowie durch die Feier des Stiftungsfestes traten bedeutende Ausgaben an den Verein heran, so daß demnach im vergangenen Jahre nicht, wie gewöhnlich, Ueberschüsse erzielt wurden. Der Verein besitzt gegenwärtig einen in zinstragenden Papieren angelegten Fonds von 1525 Thlr. Was die Vereinsthätigkeit betrifft, so wurden im vergangenen Vereinsjahre 28 wissenschaftliche Vorträge gehalten, und zwar von den Herren: Dr. Brieger, Rechtsanwalt Dockhorn, Dr. Hüppe, Dr. Krug, Dr. Levisseur, Dr. Lissa, Dr. Magener, Dr. Pauli, Dr. Perles, Dr. Warschauer, Dr. Wenzel. Außerdem hielten an vier geselligen Abenden die Herren Dr. Brieger und Dr. Wituski Vorträge; auch fand ein Kränzchen mit einer theatralischen Vorstellung statt. Die Bibliothek des Vereins zählt gegenwärtig 1102 Bände, meistens wissenschaftlichen Inhaltes. Die Schule der Handlungslehrlinge, welche mit dem Vereine verknüpft ist, zählte im Oktober 1868 67, gegenwärtig 82 Schüler, davon 19 in der 1., 28 in der 2., 82 in der 3. Klasse. Obwohl sich noch mehr Schüler meldeten, mußten dieselben doch wegen mangelnden Raumes zurückgewiesen werden. An 62 durchreisende Handlungsgehilfen wurden namhafte Unterstützungen ertheilt, 6 Mitglieder des Vereins, welche erkrankten, erhielten auf Kosten des Vereins durch den Vereinsarzt, Herrn Dr. Hirschberg, ärztliche Behandlung; zwei Mitglieder sind im verflossenen Jahre gestorben. Der Verein hat seinen Wohlthätigkeitssinn auch nach außen hin bethätigt, indem er im Januar 1868 zum Besten der nothleidenden Ostpreußen ein Konzert veranstaltete, welches einen Reinertrag von 100 Thlr. 19 Sgr. ergab. In Folge des 25jährigen Jubiläums (am 17. Oktober) wurden die Gründer des Vereins, die Herren Bleistein, Boas, Erlich, Graßheim, Hänisch, sowie der Kammergerichtsrath Johow zu Berlin, welcher sich früher viele Verdienste um den Verein erworben hat, zu Ehrenmitgliedern ernannt. Nach Verlesung dieses Jahresberichtes wurde von den Revisoren Bericht über den Rechnungsbefund erstattet, und demnach dem Vorstande Decharge ertheilt.

Alsdann wurde zu den Wahlen geschritten. Es wurden gewählt zu Kuratoren auf zwei Jahre: die Herren Jul. Briske, Stadtrath Mamroth, Heymann Marcus; zu Vorstandsmitgliedern auf 1 Jahr: die Herren. W. Brandt, Tob. Braun, Siegfr. Briske, G. Jablonski, Siegfr. Lichtenstein, Herrm. Prinz, Karl Rosenberg, B. Sußmann, A. Spiro; zu Stellvertretern: die Herren B. Fiegel, B. Kantorowicz, J. Risch, H. Urban, R. Wedell, Jul. Wolff; zu Rechnungsrevisoren: die Herren S. Auerbach, P. Borchardt, M. Reich; zu Stellvertretern: die Herren S. Gensler, J. Röder, L. Peltesohn. — Dem Vorstande wurde auf seinen Antrag ein Extraordinarium von 50 Thlr. bewilligt. Ein Antrag, den § 11 der Statuten dahin abzuändern, daß künftig nicht allein denjenigen Handlungslehrlingen, welche wenigstens die Reife für die zweite Klasse eines Gymnasiums oder einer Realschule nachweisen, der Besuch der Vorträge gestattet sein solle, wurde der Statuten-Revisionskommission zugewiesen und damit die Versammlung geschlossen.

— [Feuer] Gestern Nachmittags gegen 4 Uhr zeigte sich in dem Hause Alten Markt 83a ein starker Rauch, welcher aus dem Keller emporDrang. Es stellte sich hieraus, daß hier ein Haufen feuchter Papierspäne, welche hinter einem Verschlage lagen, durch Unvorsichtigkeit eines dort beschäftigten Maurerlehrlings ins Schwelen und zum Theil auch ins Brennen gekommen waren. Die Feuerwache war sofort zur Hand und löschte das unbedeutende Feuer im Entstehen.

— [Ein Messingdieb.] In der letzten Zeit ist in unserer Stadt eine nicht unbedeutende Anzahl von Messingdrückern an Hausthüren in der Zeit vor 10 Uhr Abends durch Entfernen der Nieten gestohlen worden. Obgleich die Aufsichtbeamten auf diesen originellen Dieb, der eine Neigung zu haben scheint für das, was niet- und nagelfest ist, scharf vigilirten, ist es bis jetzt doch nicht gelungen, des Diebes habhaft zu werden.

— [Verbesserung des Düngers.] In neuerer Zeit ist es vielfach vorgekommen, daß die Bauerjungen, welche den Dünger von den Straßen unserer Stadt abfahren, auch den Dunggruben auf den Höfen der Grundstücke ihre Aufwartung machen, und von hier den Dünger in Körben hinaustragen. Offenbar werden sie dabei von der ganz richtigen Ansicht geleitet, daß dieser Dünger besser sei, als der sandige Straßendünger, abgesehen davon, daß sie in den Dunggruben schon beisammenfinden, was sie auf den Straßen erst zusammenscharren müssen. Aber gesetzlich ist das Verfahren der Dorfjugend denn doch nicht, und dürfte jedenfalls eine Bestrafung nach sich ziehen.

— [Ermäßigung des Briefportos.] Seit dem 1. Januar d. J. beträgt das Porto für Briefe, welche mit der Stadtpost oder durch den Landpriefboten von hier befördert werden, nur 6 Pfg.

— Eine Stettiner Versicherungsgesellschaft hatte das Leben eines hiesigen Bürgers mit 10,000 Thaler versichert und den Erben diese Summe nach Abzug von 200 Thaler ausgezahlt. Die Erben klagten diesen Betrag gegen die Gesellschaft bei dem Kreisgericht in Stettin ein. Die Verklagte suchte ihren Abzug aus verschiedenen Gründen zu rechtfertigen und berief sich eventuell auf die Bestimmung des § 2282 Titel 8 Theil II. des Landrechts, welcher also lautet: „Von der zu zahlenden Versicherungssumme kann der Versicherer zwei Prozent in Abzug bringen, wenn er dieser Befugniß nicht ausdrücklich entsagt hat.“ Das Kreisgericht zu Stettin hat in seinem Erkenntniß vom 13. März 1868 die Kläger abgewiesen. Es nahm an, daß die prinzipaliter aufgestellten Motive der Verklagten für ihre Weigerung, die 200 Thaler zu zahlen, ungerechtfertigt seien, erachtete jedoch die angezogene landrechtliche Bestimmung für maßgebend und führte aus, daß ohne Ausnahmen und unbedingt jedem Versicherer, gleichviel ob für Lebens-, Feuer-, Hagel- oder andere Gefahr die Befugniß zustehe, 2 Prozent der Versicherungssumme in Abzug zu bringen. Die Erben appellirten gegen diese Entscheidung und suchten nachzuweisen, daß nach dem Versicherungsvertrage, der doch dem Gesetz vorgehe, die Summe von 10,000 Thlr., nicht von 9800 Thlr. versichert sei, und daß in demselben ausdrücklich eine ganz andere, hier nicht interessirende Auszahlungsprovision vereinbart worden. Es wurde weiter in dem Appellationsbericht ausgeführt, daß weder die verklagte Gesellschaft, noch irgend eine andere Versicherungsgesellschaft bisher von dem Rechte, zwei Prozent abzuziehen, Gebrauch gemacht habe, und daß es handelsgebräuchlich sei, bei Auszahlung von Versicherungsgeldern nur die in den Policebedingungen stipulirten Auszahlungsprovisionen, nicht aber andere Abzüge, insbesondere nicht die im Landrecht gestatteten zweiprozentigen Abzuge zu machen. Das hiesige Appellationsgericht hat jedoch in seinem Urtheil vom 24. Oktober 1868 die erste Entscheidung bestätigt und gleichfalls den Grundsaatz aufgestellt, daß jede Versicherungsgesellschaft befugt sei, den beregten Abzug zu machen. In die dritte Instanz ist dieser Prozeß nicht gediehen. Die mitgetheilten Entscheidungen werden gewiß sowohl die Versicherungsgesellschaften, als die Versicherten überraschen und kann deshalb nur Jedem, der sich gegen irgend eine Gefahr versichern will, gerathen werden, in den Versicherungsvertrag die ausdrückliche Bestimmung aufzunehmen, daß Seitens des Versicherers auf die Befugniß, bei Auszahlung der versicherten Summe 2 Prozent abzuziehen, ausdrücklich verzichtet werde. (N. St. Z.)

— [Berichtigung.] In unserem gestrigen Artikel über die Stadtverordneten-Sitzung in Königsberg muß es heißen: Die Posener Petition an das Abgeordnetenhaus, betreffend die Zulassung der Realschul-Abiturienten zu dem juristischen und medizinischen Studium, hatte auch unserem (dem Königsberger) Magistrate zur Annahme vorgelegen.

× **Buk,** 7. Januar. Am Neujahrsmorgen zwischen ½4 und 4 Uhr brannte es — wahrscheinlich durch Fahrlässigkeit herbeigeführt — in der Gesindewohnung des dem Herrn v. Breza gehörenden Gutes zu Więckowice im Posener Kreise. Leider ist hierbei der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen. Die Kleider der Wirthschafterin, welche, wahrscheinlich in der Absicht zu retten, den Flammen zu nahe gekommen war, wurden von diesen ergriffen und ehe der in ihrer Verzweiflung auf den Hof hinausstürzenden Frau durch den herbeieilenden Inspektor Hilfe wurde, war sie bereits von so vielen und schweren Brandwunden bedeckt, daß jede Rettung unmöglich wurde und sie nach wenigen Stunden ihren Leiden erlag. Auch der Inspektor liegt in Folge der Erkältung und des Schreckens gefährlich krank darnieder. — Wer die Straße zwischen hier und Grätz fährt, reitet oder geht, hält unwillkürlich vor den Ruinen des Schlosses Opalenica und jedem Gebildeten wird dieses verfallene Denkmal einer ehrmaligen Größe, dieses Ueberbleibsel alter ritterlicher Zeiten in eine schwer zu beschreibende gedrückte Stimmung versetzen. Das nicht vom Zahn der Zeit, sondern von Menschenhand zerbröckelte Gestein erinnert uns an Schillers Wort in „Wallenstein“: „Das ist das Loos des Schönen auf der Erde.“ Du einst so stolze Burg, in welcher eine Königin von Frankreich geboren wurde — noch kurze Zeit und auch von deiner Ruine wird man nichts mehr zeigen können, als einen Schaf- oder Pferdestall, welchen dein jetziger Besitzer aus deinem Material aufbauen läßt. Keller und Gewölbe unter der Schloßruine sind noch ziemlich gut erhalten und es fehlt nur die schützende Hand, die der ferneren Zerstörungswuth „Halt“ gebietet, um der Nachwelt noch diesen Rest der Vergangenheit aufzubewahren.

α **Birnbaum,** 7. Jan. Die erste öffentliche Sitzung unserer Stadtverodneten hat am 2. d. Mts. stattgefunden und war hauptsächlich nur zur Konstituirung der Versammlung anberaumt. Ohne längere Debatte wurde der bisherige Vorsitzende, der königl. Rektor Gäbel, einstimmig wieder zum Vorsitzenden und das neugewählte Mitglied, Katasterkontrolleur Schnackenberg, zu seinem Stellvertreter, so wie Kaufmann B. Graupe zum Schriftführer und Uhrmacher Hilscher zu dessen Stellvertreter gewählt. — Auf einem Dominium der Umgegend benutzt man die jetzige milde Witterung, um die im Herbste stehen gebliebenen Kartoffeln aus der Erde zu schaffen. Dies dürfte gewiß als große Seltenheit in den Analen der Landwirthschaft zu bezeichnen sein!

Er. **Grätz,** 6. Jan. Wenn man die Anzahl der Hotels, Gasthäuser und Schenken Posens mit denen unserer Stadt vergleicht, so kann man wohl sagen, daß Grätz Ueberfluß an dergleichen Lokalen hat; denn während in Posen auf ungefähr 230 Seelen ein Wirthshaus kommt, ergiebt sich, daß hier schon auf 120 Seelen ein Schanklokal kommt. Wir haben nämlich bei 3777 Einwohnern nicht weniger als 31 Hotels, Gasthäuser und Schenken; Posen hat 233. Es muß daher lobend anerkannt werden, daß der hiesige Magistrat der Vermehrung solcher Lokale in jeder Weise zu steuern sucht, indem er in letzter Zeit mehrere Konsensgesuche zurückgewiesen hat. Nach einer Regierungs-Verfügung soll höchstens auf 200 Seelen ein Wirthshaus kommen. — Der übliche Neujahsumgang scheint dieses Jahr auch bei den Katholiken nicht stattzufinden. Die geistlichen Herren würden sich dadurch eine große Last vom Halse schaffen, ohne einen Verlust zu haben. Denn die freiwilligen Opfergaben, die ihnen nicht immer gern gegeben und oft hoch angerechnet wurden, erhielten ihre Verwendnng zu kirchlichen Zwecken. In der hiesigen evangelischen Gemeinde hat dieser Umgang schon vor 8 Jahren aufgehört und bekommen der Pastor und Kantor als Entschädigung dafür aus der Kirchenkasse eine entsprechende Remuneration.

r. **Wollstein,** 7. Jan. Ein Schwindler ganz eigenthümlicher Art hat dieser Tage in hiesiger Stadt und umliegenden ländlichen Ortschaften sein Unwesen getrieben. Derselbe kehrte bei verschiedenen Familien ein, gab bei einigen vor, er sei so eben aus Australien zurückgekehrt, bei andern führte er sich als herrschaftlicher Oberförster aus dem Fraustädter Kreise ein, behauptete jedesmal, er sei ein naher Anverwandter des Wirthes oder der Wirthin und erlangte hierdurch meist gute Bewirthung. In der Familie eines hiesigen Maurergesellen gab er sich sogar als der jüngste Bruder der Hausfrau aus und benahm sich hierbei so schlau, daß er über alle Familienverhältnisse mitsprach, ohne sich auch nur einmal bloszustellen. Bei seiner geliebten Schwester, wie er die Hausfrau nannte, fand er selbstredend mehrere Tage hindurch die zuvorkommendste Aufnahme. Durch einen Zufall kam jedoch die Polizei hinter die Schliche des Schwindlers und derselbe wurde arretirt. Bei seiner polizeilichen Vernehmung soll er ausgesagt haben, daß er Ludwig heiße und Müllergeselle aus Rogsen im Meseretzer Kreise sei. Ob seine Angaben richtig seien und ob er nicht, wie allgemein vermuthet wird, Mitglied einer verzweigten Diebesbande, die im hiesigen und Buker Kreise ihr Unwesen treibt, sei, werden die angeordneten weitern Recherchen ergeben. — Der hiesige Vorschußverein hat seinen Mitgliedern für das Jahr 1868 eine Dividende von $8^1/_3$ pCt. oder $2^1/_2$ Sgr. pro Thaler gewährt. — Die Lehrerstellen an den jüdischen Schulen unserer Nachbarstädte Bentschen und Bomst sind seit längerer Zeit vakant und bei dem Mangel namentlich an jüdischen Lehrern ist gar keine Aussicht vorhanden, daß dieselben so bald wieder besetzt sein werden. Christliche Lehrer an jüdischen Elementarschulen anzustellen, wie dies an manchen Orten, wie in Buk und Grätz geschehen ist, scheint namentlich bei einklassigen Schulen des Religionsunterrichts wegen unthunlich.

r **Gnesen,** 6. Januar. Beim Wechsel des Jahres blicken wir gewöhnlich mit allerhand Hoffnungen in die Zukunft, bis eine nach der andern illusorisch wird. Auch wir hoffen von der Zukunft, wird sie der Stadt aber Gutes bringen? Es konzentriren sich bei uns jetzt vier Chausseen, eine fünfte ist im Bau begriffen und eine sechste in Aussicht, auch eine Eisenbahn erhalten wir, es fehlt also nur noch ein Kanal; aber leider ruht unser würdiger Mitbürger, in dem vor vielen Jahren das Projekt zu einem solchen auftauchte, längst im Grabe und mit ihm ist auch dieses unausführbare Projekt für immer in den ewigen Schlaf gesunken. Viel wird darüber, ob die Eisenbahn der Stadt zum Vortheil oder Nachtheil gereichen werde, polemisirt, die Geschäftsleute nnd Handwerker fürchten sie, das größere Publikum erwartet sie mit Freuden, jeder Unbefangene aber sagt, verlieren kann Gnesen dadurch nichts, da es zu wenig zu verlieren hat. Dabei tauchen aber schon wieder neue Wünsche und Hoffnungen auf. Gnesen wünscht nämlich, wie man sagt, das neu zu errichtende katholische Gymnasium zu erhalten, um dadurch den Streit zwischen Wongrowitz und Bromberg zu schlichten. Wongrowitz ist zu unbedeutend für eene höhere Unterrichts-Anstalt und Bromberg hat deren bereits zwei, außerdem Eisenbahn, Chausseen und Kanal, wodurch es in den letzten Dezennien sich bedeutend gehoben hat, während Gnesen, die älteste Stadt der Provinz, die alte Konigsstadt, seither sehr stiefmütterlich bedacht worden ist. Wohl wäre der Stadt eine neue Einnahmequelle zu wünschen, aber ob die angedeutete neue Unterrichts-Anstalt zu einer solchen sich gestalten würde, das dürfte mindestens zu bezweifeln sein, da mit ihrer Errichtung gewiß wieder nicht unbedeutende Opfer verknüpt sein würden und die für das vorhandene Gymnasium gebrachten Opfer wahrscheinlich nie aus dem Gedächtniß der Stadt schwinden werden. Deshalb werden die Stadtbehörden sich wohl bedenken, ehe sie Anträge auf Errichtung einer neuen Unterrichts-Anstalt formuliren. — Auch im hiesigen Kreise hat der letzte große Sturm sehr bedeutenden Schaden angerichtet. Nicht nur in den Staats- sondern auch in den noch vorhandenen Privatwaldungen findet man vielfach die schönsten Stämme niedergeworfen. Ebenso haben durch denselben vielfach Wirthschaftsgebäude mehrerer in der Nähe von Gnesen belegener Güter bedeutende Beschädigungen erlitten, die Besitzer derselben sind um so mehr zu bedauern, als sie gegen dergleichen Beschädigungen nicht versichert sind. — In der heutigen Schwurgerichtssitzung kam ein Straßenraub zur Verhandlung. Der Fuhrknecht eines hiesigen jüdischen Handelsmanns hatte seinen Herrn auf öffentlicher Landstraße seiner Baarschaft gewaltsam beraubt und würde ihn getödtet haben, wenn nicht ein Postwagen noch rechtzeitig denselben Weg passirt wäre. Der Thäter wurde zu 12 Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 9. Januar. Auch der gestrige Tag bot des Interessanten wenig. Auf der Bank der Angeklagten saßen wiederum mehrere Diebe, von denen der erste, der hiesige Möbelpolier Heimann Brüll, 24 Jahr alt, mosaischer Religion und bereits 4 Mal wegen Diebstahls bestraft, geständig war, am 29. August 1868 zu Posen einen Einbruch in den Laden des Fleischermeisters Salomon Gans versucht zu haben. Derselbe wurde hierfür mit 18 Monat Gefängniß und 2 Jahr Ehrverlust bestraft. — Der zweite Dieb, Tagelöhner Johann Maciejewski aus Strykowo, hatte am 5. Juli 1868 dem Kuhhirten Karl Hentschke daselbst aus dessen verschlossener Stube ein Brot im Werthe von 10 Sgr. gestohlen. Da der Angeklagte bereits wegen Diebstahls bestraft war, so trat gegen ihn eine Rückfallsstrafe von 6 Monat Gefängniß ein.

Der Wirthsohn Johann Beszterda aus Borek-Hauland und dessen Schwester Rosalie Kasprzak des folgenden Diebstahlsversuchs beschuldigt: In der Nacht zum 5. September 1868 wurde aus der verschlossenen Scheune des Wirths Karl Ulbrich aus Borek-Hauland ungefähr ½ Viertel Roggen gestohlen und zwar war der Einbruch durch Losbrechen eines Brettes verübt worden. Als Ulbrich am andern Morgen den Diebstahl entdeckte, befestigte er das Brett in gehöriger Weise und entschloß sich in der folgenden Nacht, in der Scheune zu wachen. Nachdem er am Abend den Verschluß in der gewöhnlichen Weise bewirkt hatte, legte er sich in einer Ecke und zwar an einer Stelle, wo mehrere mit Roggen gefüllte Säcke standen, nieder. Gegen 2 Uhr hörte er, wie Jemand an die Pforte und das Vorderthor faßte, und, nachdem er beide verschloßen fand, nach dem hinteren Thore ging. Hier wurde nun dasselbe Brett, welches Ulbrich am Morgen befestigt hatte, losgerissen und durch diese Oeffnung sah Ulbrich einen Mann in die Scheune kriechen, in welchem er mit aller Bestimmtheit bei dem hellen Mondschein den Beszterda erkannte. Derselbe versuchte zuerst einen der gefüllten Säcke aufzuheben, dieselben schienen ihm jedoch zu schwer zu sein. In demselben Augenblicke erschien in der Oeffnung der Kopf der dem Ulbrich gleichfalls wohlbekannten Mitangeklagten Kasprzak. Nachdem diese mit ihrem Bruder Beszterda einige Worte gewechselt, trat Letzterer an das hintere Thor, um dieses zu öffnen. Jetzt riß jedoch dem Ulbrich die Geduld. Er erfaßte den Beszterda und wollte ihn nach seinem Gehöfte führen. Unterwegs entfloh er ihm jedoch, auch die Kasprzak wurde nicht mehr gesehen. Dieses so bestimmt abgegebene Zeugniß des Ulbrich mußte trotz des Leugnens des Angeklagten zu einem verurtheilenden Verdikt der Geschworenen führen und so wurde denn Beszterda ohne Annahme mildernder Umstände mit 2 Jahr Zuchthaus, die Kasprzak unter Annahme derselben mit 6 Monat Gefängniß, 1 Jahr Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht bestraft. — Die vierte Anklage endlich gegen den 16 Jahr alten Dienstjungen Anton Jadlowski aus Klein-Gutowy entzieht sich wegen ihres Gegenstandes (Verbrechen gegen die Sittlichkeit) der Verbreitung durch die Presse. Dieselbe endete nach längerer Berathung der Geschworenen mit der Freisprechung des Angeklagten.

Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten in der Stadt Posen pro 1867/68.

(Schluß.)

Zur Umgestaltung und Erweiterung des hiesigen städtischen niederen Schulwesens, welches einer schnellen und eingreifenden Organisations-Thätigkeit bedarf, sind die ersten vorbereitenden Schritte gethan; es ist ein Reorganisations-Plan für die städtischen Elementarschulen ausgearbeitet worden, welcher von der städtischen Schuldeputation und dem Magistrate gebilligt, jetzt der Stadtverordneten-Versammlung zugegangen ist. Es sollen dieser Umgestaltung die Prinzipien der Geschlechter-Trennung, der Simultanschulen und der großen Schulkörper zu Grunde gelegt werden; die bisherigen städtischen Elementarschulen sollen aufgehoben, und an Stelle derselben sechsklassige Knabenschulen und sechsklassige Mädchenschulen errichtet werden, deren eine jede unter Leitung eines Rektors stehen und von den städtischen Kindern, ohne Unterschied der Konfession und Religion besucht werden soll. — Das Projekt der Errichtung einer Provinzial-Gewerbeschule in unserer Stadt wurde in vergangenem Winter von der Stadtverordneten-Versammlung angeregt und in einer Petition der Kommunalbehörden bei dem Handelsminister verfolgt. Der Herr Minister erklärte sich dazu bereit, insoweit die Stadt sich bei Gründung und Unterhaltung der Schule in angemessener Weise betheiligen wolle; sobald der neue Reorganisationsplan für die Gewerbeschulen festgestellt sein werde, und danach sowohl das räumliche Bedürfniß, als auch die Höhe der jährlichen Unterhaltungskosten der Anstalt zu bemessen wäre, sei er bereit, die Verhandlungen mit den städtischen Behörden wieder aufzunehmen. Sowohl der Oberpräsident als auch die kgl. Regierung haben ihre Bereitwilligkeit zu Förderung des Projektes ausgesprochen; die städtischen Behörden behalten diese so wichtige Angelegenheit andauernd im Auge und haben bereits die vorbereitenden Schritte eingeleitet. — Die Einführung von Schulgeld für die städtischen Elementarschulen ergab nicht, wie man erwartet hatte, eine Jahres-Einnahme von 1000 Thlrn., sondern nur von 180 Thlr. Offenbar liegt die Schuld dieses ungünstigen Resultates an dem Festhalten einer Minimalgrenze des schulpflichtigen Einkommens (150 Thlr.) Eine Vorlage zur Beseitigung dieser Minimalgrenze wird deshalb der Stadtverordnetenversammlung zugehen. — Bekanntlich hat der Kultusminister den Antrag der Stadtbehörden in Bezug auf die Berechtigung der Realschul-Abiturienten zur Zulassung zu den juristischen und medizinischen Fakultätsstudien abgewiesen. Unsern Lesern ist das Weitere in dieser Angelegenheit wohl genügend bekannt. — Der Kultusminister hat die definitive Anstellung eines an der Realschule seit sieben Jahren fungirenden Lehrers jüdischer Religion in Rücksicht auf das bisherige Wirken dieses Lehrers genehmigt, jedoch nur ausnahmsweise, da die Realschule den Charakter einer christlichen Schule trage. Der Magistrat erkennt diesen Charakter der Realschule nicht an, da weder Gesetz, noch Statut, noch der Wille der Stadt Posen diesem ihrem Eigenthume einen spezifisch-religiösen Charakter beigelegt haben. Es ist demnach das k. Provinzial-Schulkollegium ersucht worden, die Verwendung der jüdischen Lehrer an der hiesigen Realschule ihrer Fakultät entsprechend unbeschränkt zu gestatten. — Die Uebernahme der Privatschule der Realschul-Vorbereitungs-Klassen von Seiten der Kommune ist mit Rücksicht auf die drängende Organisation des Elementarschulwesens auf ein weiteres Jahr vertagt worden. — Die Gehälter der Lehrer an den sämmtlichen städtischen Schulanstalten sind entsprechend verbessert worden.

Die Armenpflegelast ist leider in andauerndem Wachsen, so daß zu Michaeli 1867 eine Nachbewilligung zu dem etatirten Zuschusse für die Armenkasse in Höhe von etwa 5700 Thaler nöthig wurde; nicht wenig trug zur Verschlechterung der Lage der ärmeren Einwohnerschaft die Theuerung des vergangenen Winters bei; die Privatwohlthätigkeit wirkte namentlich durch Errichtung einer Suppenanstalt während der ungünstigsten Zeit mit Erfolg der Noth entgegen. — Der Raummangel in dem Stadtlazarethe macht sich namentlich während gewisser Wintermonate immer mehr geltend, so daß eine Lazareth-Erweiterung sich als dringendes Bedürfniß herausstellt. Doch ist in Folge der Unzulänglichkeit der magistratualischen Arbeitskräfte diese Frage noch nicht über das erste Vorbereitungs-Stadium hinausgelangt. In der Kranken- und Irren-Bewahranstalt mußten zur Abhilfe der dringendsten Bedürfnisse bedeutende Reparaturen vorgenommen werden, welche den größten Theil der pro 1868 mit 2000 Thaler ausgeworfenen Etatsziffern für Unterhalt der gesammten städtischen Gebäude in Anspruch nahmen. — Dem von dem k. Polizei-Direktorium angeregten Vorschlage, ein Arbeitshaus für die Stadt Posen einzurichten, hat der Magistrat seine Bestätigung versagt, weil die in Folge der Aufhebung des Einzugsgeldes befürchtete Anhäufung arbeitsscheuer Individuen hier noch nicht in bedenklichem Maße eingetreten ist, und die Opfer, welche eine solche Einrichtung der Kommune auferlegen würde, in keinem Verhältnisse zu dem für die Stadt Posen erwachsenden Nutzen stehen würden.

Der Betrieb der Gasanstalt, und das finanzielle Erträgniß derselben steigern sich andauernd. Eine Herabsetzung der Gaspreise kann nicht stattfinden, so lange die neuen Wasserwerke noch erheblicher Zuschüsse aus der Gasanstaltskasse bedürfen. Die Erbauung eines dritten Gasometers für 23,000 Thaler hat im verflossenen Sommer stattgefunden. — Der Betrieb der neuen Wasserwerke läßt eine erfreuliche Steigerung in der Betheiligung der Privaten, Behörden und Institute an der Wasserabnahme erkennen, so daß hoffentlich dieses Institut bald auf eigenen Füßen stehen und keiner Zuschüsse mehr bedürfen wird. Zu dieser günstigen Entwicklung mag nicht wenig die mit Erfolg gekrönte Bemühung der Verwaltung beigetragen haben, für diejenigen Grundstücke, welche mit Wasserleitung versehen sind, bei der Provinzial-Feuer-Sozietät eine Ermäßigung der Beiträge auszuwirken, sowie die Einführung des neuen Wasserentnahme-Tarifs, welcher neben anderen Erleichterungen namentlich einzelne Wohnungen mit Wasser zu versehen gestattet, auch durch Hofständer mit ermäßigten Preisen der Abgabe von Wasser an kleinere Grundbesitzer Vorschub leistet. Der Prozeß des General-Entrepreneurs Moore gegen die Kommune schwebt noch in der Beweisaufnahme in erster Instanz.

Der Bestand in der Sparkasse betrug am 1. Januar 1868 374,131 Thlr., Anfang November 380,764 Thlr. Der Reservefond, aus den Ueberschüssen gebildet, vermehrte sich im Laufe des Jahres 1867 um 6651 Thlr. — Der Umsatz in der Pfandleihkasse hat sich bedeutend gesteigert. Eine Privat-Pfandleihanstalt wurde am 26. Oktober eröffnet. — Das Stadttheater erfuhr im Laufe der beiden letzten Sommer größere Reparaturen; im Laufe des letzten Sommers wurden dazu 1300 Thlr. verwandt. Nachdem dem jetzigen Theaterdirektor eine Staats-Subvention von 2000 Thlrn. für 2 Jahre unter der Bedingung der Herstellung einer Königsloge zugesichert worden, ist die Umwandlung der Mittelloge des ersten Stocks zu einer Königsloge auf Kosten der Kommune erfolgt. — In Bezug auf die von der Stadtverordnetenversammlung beanspruchte, vom Magistrate nicht als zuläßig erachtete Kontrolle der Verwaltung der Raczynski'schen Bibliothekstiftung, konnten die beiden Stadtkörper nicht zur Einigung gelangen; die Stadtverordnetenversammlung hat Beschwerde bei der k. Regierung erhoben, ist damit zurückgewiesen worden und hat nun beschlossen, den weiteren Beschwerdeweg fortzusetzen. Die Räumlichkeiten des Bibliothekgebäudes sind aus den Mitteln des Bibliothekfonds im vergangenen Sommer gründlich restaurirt worden.

Die Kommune ist eine der ersten, welche aus eigener Initiative den ferneren Wegfall der Pensionsabzüge von den Gehältern ihrer Beamten und Lehrer schon vom 1. Januar 1868 ab beschlossen hat. — Auf das Verlangen der k. Regierung, die Pensionen der Beamten der k. Polizeibehörde

(Fortsetzung in der Beilage.)